

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelgenpreis die Ggelpast. Colonelleile für Arbeitsgenosse 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Bewunderung.

Die Fähigkeit der Bewunderung ist das Kennzeichen hoher Seelen.

Das Gute lebt in der Welt als huldenbe, aufopfernde Mutterliebe; als unerforschliche Treue über den Tod hinaus; als gewissenhafte Pflichterfüllung ohne Rücksicht auf Lohn und Strafe; als warme Hingabe an die Interessen des Vaterlandes; als ein unaufhörliches Streben nach eigener Vervollkommnung, nach Menschenbeglückung, nach Ewigkeitswerten. Die kalten Egoisten haben kein Auge dafür, die Menschen- und Weltverächter leugnen es weg; doch es gibt auch Menschen, die mit freudiger Bewunderung zollen, wenn es sich in andern verkörpert. Diese Bewunderung stammt selbst aus dem Reiche des Guten.

Zu jemand aufschauen der groß denkt und handelt, das Erb in andern in der Stille der Seele sich vergegenwärtigen, um sich daran zu erfreuen, das ist ein persönliches Erlebnis von dem der Bewunderte in keiner Weise herbeizuhelfen braucht. Liebe fordert Gegenliebe; aber Bewunderung gibt, ohne empfangen zu wollen.

Alle innere Regungen entsprechen der Persönlichkeit, die sie erzeugt. Darum darf man Bewunderung für die Seelengröße anderer nur bei denen suchen, in denen das Gute Boden gefaßt hat und nach Entwicklung ringt. Nur der kann eine Treue über das Grab hinaus bewundern, der selbst treu sein möchte, aber auch hilft, welche Schwierigkeiten die menschliche Unbeständigkeit ihr entgegenstellt. Nur der bringt dem sittlich Hochstrebenden Bewunderung entgegen, der auch das große Sehnen in sich trägt, aber auch zugleich erlebt, daß zwei Seelen in seiner Brust wohnen.

Der Bewunderte mißt die Höhe anderer und die eigene Tiefe und schaut neidlos und freudig nach oben. Doch wo immer man einem Menschen begegnet, der für geistige Vorträge anderer Bewunderung empfindet, darf man sich der Freude hingeben, einen Menschen mit einer „hohen Seele“ vor sich zu haben.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wenn wir in einer früheren Rundschau die Meinung ausgesprochen haben, daß unser Wirtschaftsleben sich nicht in voreiliger Angst durch die politische Situation jagen lasse, so haben wir etwas voreilig geurteilt. Unverantwortliche, jeder Grundlage entbehrende Kriegsgerüchte sind im Laufe der Berichtperiode in die Welt gesetzt worden. Welche unheilvolle Wirkungen sie erzeugen, hat man am Verhalten der Stuttgarter Depositionäre gesehen, die in hellen Häusern zu den Sparkästen rannten, um ihre Guthaben abzurufen; auch in anderen Städten wiederholten sich ähnliche Vorgänge. Daß ein Entziehen des Bargeldes vom Markt, die damit verbundene Schwächung der Banken, dazu verleitet noch die Unmöglichkeit, einen solchen „Run“ auszuhalten, die schwersten wirtschaftlichen Schäden im Gefolge haben kann, bedarf keines Beweises. Die Angst wirkt ansteckend nicht nur bei dem mit Geldgeschäften wenig bewanderten Publikum, sondern auch bei den berufenen Finanzmännern an der Börse. Am Hauptbörsenplatz Deutschlands — Berlin — ist in unserer Berichtzeit zweimal eine Panik ausgebrochen, die ungeheure Verluste im Gefolge gehabt hat. Allerdings ist diese nicht allein auf bösen Anglisten zurückzuführen — d. s. in diesem Falle Verkäufe von Wertpapieren, die im Hinblick auf die politische Lage vorgenommen werden — sondern ebenso sehr auf eine Ueberspannung der gesamten Spekulation zurückzuführen. Die aber ist auf den ungläublichen Optimismus zurückzuführen, mit dem man den Geschäftsgang der einzelnen Werte verfolgte.

Mit grandiosem Leichtsinne wurden unter vollständiger Aufferachtlassung der tatsächlichen Verhältnisse die Kurse in die Höhe getrieben. Seit Anfang 1910 stiegen z. B. die Aktien der Bogländischen Maschinenfabrik um 200%; obgleich die Dividende nur um 100% sich erhöht hatte (von 10 auf 20%). Und welcher Unfug wurde noch bis zuletzt mit den Dividendenanschätzungen des Börsen getrieben, dessen Geschäftsabfluß in Nr. 37 besprochen wurde. Die Enttarnung, als bekannt wurde, daß „nur“ 15% Dividende (wie im Vorjahr) verteilt würden, mußte sich in einem Kursrückgang bemerkbar machen. Die Kursstürze an der Börse ergrieffen in erster Linie die Industrieaktien, Rückgänge von 5, 10 auch 20% waren nichts seltenes. Man vergegenwärtige sich, welche Verluste das bedeutet! Auch die Staatspapiere hatten einen — wenn auch lange nicht so heftigen — Rückgang zu verzeichnen.

Es ist nicht unbedingt notwendig, daß solch unüberlegte Entscheidungen an der Börse sofort Handel und Industrie beeinflussen, besonders dann nicht, wenn sie nur vorübergehend auftreten. Daß dieses Vorkommnis — verursacht durch Ueberpekulation und politische Krisengerüchte — kein chronischer Niedergang ist, wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß die Börse bereits wieder eine festere Haltung angenommen hat. Immerhin ist aber doch eine gewisse Unruhe in das gesamte Wirtschaftsleben getragen worden, die noch durch andere Momente, an denen auch die Arbeiterschaft in hervorragender Weise Interesse hat, verstärkt wurde. Das Jahr 1911 hat für die Landwirtschaft wegen seiner Trockenheit durchweg ungünstige Ernten hervorgerufen. Da ist zunächst der Getreidemangel entstanden, der eine einen neuartigen

werten Preisnachlass im Fleisch zu bewirken; eine starke Steigerung der Milchpreise brachte; auch die Ernte an Getreidefrüchten dürfte — nicht nur bei uns — hinter der letztjährigen zurückbleiben. Diese Tatsache wurde von gewissenlosen Spekulanten benutzt, um die Getreidepreise unverhältnismäßig in die Höhe zu treiben. So konnten Preisfluktuationen bei Weizen von 215,75 M. u. 208,50 M. (also ein Unterschied von 7,25 M. von einem zum andern Tag (4. und 5. Sept.) eintreten, bei Roggen betrug die Differenz noch 1 M. mehr. Natürlich wird eine derartige Gelegenheit gern benutzt, um die Preise, auch der Fertigfabrikate (Wehl und Brot) nach oben abzurufen.

Auch bei einem andern wichtigen Nährprodukt — dem Zucker — wird das trockene Jahr zu Preistreibern benutzt, die in dem tatsächlichen Stand der Zuckereinnahme keine Begründung finden. Nach sachverständigem Urteil sind die Zuckerrüben zwar in diesem Jahre klein, aber außerordentlich zuckerhaltig, so daß der tatsächliche Ausfall nicht bedeutend sein dürfte. Nichts desto weniger versteht die Spekulation — an ihrer Spitze ein geriebener Spekulant Santa Cecilia aus Paris — die Preise mit jedem Tag zu steigern. Im Detailhandel macht sich diese Spekulation ebenfalls in erhöhten Zuckerpreisen bemerkbar. Ich lasse es dahingestellt, ob es jetzt schon berechtigt ist, von einer Teuerung zu sprechen, jedenfalls ist diese nicht auf unsere Wirtschaftspolitik, sondern in erster Linie auf geriebene und gewissenlose Spekulanten zurückzuführen.

Welche Ursache ihr zugrunde liegen, ist schließlich der Industrie gleichgültig — sie befürchtet nur, daß die erhöhten Lebensmittelpreise Lohnbewegungen hervorrufen könnten — auch bei uns; denn in anderen Ländern, erinnert sei nur an England und Spanien, sehen die Arbeiter in Streiks und Ausfärrungen.

Wenn die Börse in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder zu geregelteren Verhältnissen kam, so ist das nicht zuletzt auf die im allgemeinen günstigen Berichte aus der Metallindustrie zurückzuführen. In dieser Richtung mußte vor allem die Erneuerung der Verhandlungen zwischen dem Essener Hohenloherverband und den Duisburger-Bohringischen Werken wirken, die falsche Berichte als völlig gescheitert hingestellt haben. In der wichtigsten Frage — der Annotenfrage — ist nunmehr eine Einigung erzielt. Worin sie besteht, ist noch nicht bekannt; das Verhältnis in dem die Werke beteiligt sind, wird nach der Veröffentlichung hier erwähnt werden. Daß tatsächlich Aussicht und Hoffnung auf Einigung besteht, beweist die Tatsache, daß der Verkauf von Hohenloher bis 20. September stilliert worden ist. Die Hohenlohererzeugung hat auch im August ihre im ganzen fallende Tendenz bewahrt; von 1 290 100 To. im Juli fiel sie auf 1 285 042 To. im August, das ist ein Rückgang von 4 164 To. Gegen den August des Vorjahres ist die Produktionsziffer allerdings gemindert; sie betrug 1910 1 262 804 To. also 23 038 To. weniger, als in diesem Jahr. Zur richtigen Beurteilung muß übrigens bemerkt werden, daß die Gesamtproduktion von Januar bis August d. Js. höher war als in einem der vorhergehenden Jahre. Aus Oberschlesien wird eine steigende Hohenloherproduktion gemeldet, die aber kaum auf die vermehrte Ausfuhr nach Rußland zurückzuführen ist. Die hier gelegenen Hohenloherwerke haben sich im ganzen als trügerisch erwiesen — die großen Bestellungen sind ausgeblieben. Wie sich jetzt herausstellt, ist keine allgemeine Zollernmäßigung für die Einfuhr von Hohenloher nach Rußland festgesetzt, sondern sie wird von Fall zu Fall bestimmt. Das unüberlegte und leicht schändliche Verfahren wirkt sehr hemmend. Der Balkeneisenmarkt in Oberschlesien ist dünn. Die Werke sind gut beschäftigt — über die Preise dagegen wird hin und wieder geklagt. Im übrigen zeigt der gesamte Markt gegen unsere letzten Berichte nirgends eine nennenswerte Veränderung. In Stahleisen ist das Geschäft besonders im Inland sehr befruchtigend; die Werke sind voll beschäftigt.

Der Halbzeugmarkt ist bauernd gut. Hier mag bemerkt werden, daß Belgien die Halbzeugpreise um 1,50 Fr. pro Tonne erhöht hat, was natürlich auf die deutsche Konkurrenz nur günstig wirken kann. In Schienen, wie in Eisenbahnmaterial überhaupt, herrscht gute Beschäftigung. Die südafrikanische Anion (Kapland) hat beim Stahlwerksverband eine Bestellung von 27 000 To. Schienen gemacht.

Der Versand des Stahlwerksverbandes betrug im August 475 467 To. gegen 461 357 To. im Juli; er weiß also eine Vermehrung von 14 110 To. auf. Im August des Vorjahres stellte sich der Versand auf 446 589 To. In der Erhöhung der Versandziffern haben Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen teil. Auch die Produktion des Stahlwerksverbandes hat eine Vermehrung gegen den Juli erfahren — betrug sie hier 461 000 To. so im August 475 000 To. gegen den August des Vorjahres ist die Produktionsziffer um 28 000 To. gestiegen. Von Amerika lauten die Nachrichten immer noch nicht sehr zuversichtlich. Insbesondere ist der Markt in Hohenloher sehr ruhig; aber auch in Bahnmaterial und Feinschleifen ist die Lage nicht günstig.

Dem gegenüber steht zweifellos unsere heimische Metallindustrie geübter und gefestigter da. Doch drohen schwere Gewitterwolken. Schon die nächste Zeit muß aber zeigen, ob der eingeleitete Aufschwung seinen weiteren Lauf nehmen kann oder ob ein Umschwung eintreten wird, der für Unternehmer und Arbeiter gleich unerschütterlich wäre.

Was ein christlicher Gewerkschaftler nicht vergessen darf

das ist die Vorbereitung zur Ausbreitung und Stärkung unserer Bewegung. Vor allem ist in dieser Hinsicht auch der Gewinnung der jugendlichen Kollegen noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als dies leider vielerorts selber geschehen. Unser Nachwuchs ist viel unvorhanden heutzutage; er kommt nicht von selbst. Deshalb müssen wir Gewerkschaftler an ihn herantreten in der Werkstätte, im Elternhause, im Jugendverein. Die Jugend für unsere Sache gewinnen setzt rechtzeitige Aufklärung zwischen unserer und der sozialdemokratischen Bewegung klarlegen. Geschieht das nicht so früh wie möglich, so ist ein großer Teil der Jugend für unsere Bestrebungen verloren. „Die Jugend ist die Zeit der Saat“, sagt ein altes Sprichwort. Was in unserer Jugend gesät wird, das trägt reichliche Früchte; was aber hingegen an der Jugend vernachlässigt wird, ist später niemals mehr ganz nachzuholen.

Um unsere Jugend bemüht sich heute alles. Die Vergnügungsvereine und Sport- u. Klubs, geben sich alle Mühe, gerade die jugendlichen als Mitglieder zu angeln und selber finden wir gerade in diesen Vereinen viele unserer jungen Arbeiter wieder. Sind diese Vereine nun auch nicht gerade alle schlecht und verwerflich, so beweist doch die Erfahrung, daß sie viele zu Sport- und Vergnügungsmenschen machen, die für die ersten Fragen des öffentlichen Lebens, ihres Standes und Berufes weder Verständnis noch Interesse mehr haben. Eine Jugend, die ferner gewohnheitsmäßig Klubs, Varietés, Tanzböden und Ringelangel bevölkert, muß geistig verflachen, wenn nicht noch gar durch die „Anregungen“ einer „ergänzenden“ schlechten Lektüre sittlich verkommen. Daß eine auf diese Bahnen geratene Jugend auch nach Eintritt ins Mannesalter für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung verloren ist, liegt auf der Hand.

Schlieflich ist es auch noch die Sozialdemokratie, die sich mit altem Eifer um die Gewinnung der Jugend für ihre Bewegung bemüht. Die sogenannte „Freie Jugendbewegung“ ist durchaus nicht, wie man noch vielfach anzunehmen scheint, ihr einziges Werbemittel. Nein, nebenher sucht sie schon seit Jahren — und zwar mit Erfolg — im Stillen Einfluss zu gewinnen auf die „wilden“ Turn-, Gesangs- und Sportvereinigungen. Sie versteht es, hier allmählich ihren christentumsfeindlichen, revolutionären Gedanken einen aufnahmefähigen Boden zu bereiten und die Jugend der Autorität des Elternhauses, des Staates und der Kirche zu entfremden. Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften arbeiten hier Hand in Hand, die Arbeiterjugend, an die sie auf anderem Wege nicht heran könnte, für ihre Bestrebungen zu gewinnen und zu organisieren. Und ihre Erfolge sind nicht gering; haben doch die „freien“ Gewerkschaften allein schon über 100 000 jugendliche unter 18 Jahren in ihren Reihen. Dahingegen zählte unser christlicher Metallarbeiterverband vor Einführung der Jugendbeitragsklasse von 10 Pf. auf der letzten Generalversammlung erst 911 Mitglieder im Alter bis zu 18 Jahren; zurzeit sind es nur etwa 4300 geworden. Aber auch diese Zahl kann und darf uns noch bei weitem nicht befriedigen.

Unser christlicher Metallarbeiterverband hat an erster Stelle unter den christlichen Berufsverbänden durch Einführung der 10 Pf.-Beitragsklasse eine intensivere gewerkschaftliche Werbearbeit unter den jugendlichen ermöglicht. An vielen Orten haben sich daraufhin die Kollegen auch eifrig um die Gewinnung des jugendlichen Nachwuchses für unseren Verband bemüht — und wo es mit Takt und Umsicht geschah, ist auch der Erfolg ein erfreulicher gewesen. Aber unsere Arbeit muß eine noch planmäßigere, systematischere werden. Mißverständnisse heißt es da auszuräumen und ein verständiges Hand-in-Hand-arbeiten ermöglichen. Unsere Kollegen dürfen bei dieser Arbeit vor keinem Hindernis zurückweichen; ist doch gerade die rechtzeitige Werbung der Jugend eine Lebensfrage für den weiteren Fortschritt der Bewegung; die sie sich in langjähriger Hingebender Arbeit geschaffen und die sie mit Begeisterung gegen eine Welt von Feinden und Hindernissen verteidigt und zur heutigen Höhe gebracht haben. Nun gilt es dieselbe opferfreudige Begeisterung für die gute Sache auf unsere Jugend zu übertragen. Seite an Seite soll der junge Nachwuchs mit uns für die alten Ideale streiten. Unsere Sache ist es doch wahrlich wert, daß, wenn wir erlauben vom langen Kampfe uns zur Ruhe legen, ein neues Geschlecht mit der Begeisterung der Alten in die Bresche springt und stolzer Hauptes die alte Fahne zu immer neuen Siegen führt. Darum allerorts an die Arbeit, sie brängt. Gerade für die Werbearbeit unter der Jugend gilt ganz besonders das Wort: „Was du heute tun kannst, verschiebe nicht auf morgen.“

Und in den „Saaren“ liegen sich beide . . .

Unsere sozialdemokratischen „Weltverbesserer“ und „Volkbeglucker“ sind doch jämmerliche Kröche. Dies zeigte wieder so recht ihr diesjähriger württembergischer Landesparteitag. Während führen dort dieselben Gewissen mit den schwersten Intellektuellen gegeneinander los, die um dieselbe Zeit in der Marokkoangelegenheit mit bekannter Großmütigkeit den Vaterlands- und Volkerrat als „einmütigen Willen des Proletariats“ ausgaben. Dabei existiert nirgendwo sozial oberflächlich und persönlich selbstfüchtiges Maulwendentum, wie gerade in dieser Sozialdemokratie, die sich brüht, die Menschheit

zu ungelauten Seitigkeiten führen zu wollen. Der Kampf im roten Lager Württembergs findet seine Erklärung in der inneren Zwiespältigkeit der Partei. Wie in der Gesamtpartei, so spalten sich auch in Württemberg die Gegensätze in grundsätzlicher und taktischer Hinsicht immer mehr zu. Der Revisionismus, der Sozialismus der Nichtsozialisten mit sozialistischer Beugung, wie ihn der Sozialist Dr. Robert Michels bezeichnet hat, und der Sozialismus der Unentwegten und Radikalen sind Gegensätze, die sich auch im Reaktionsstadium der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ nicht auflösen konnten. Diese sachlichen Gegensätze spitzten sich nun in Württemberg zu recht unheilvoll-perfönllichen Konflikten zwischen dem zur radikalen Richtung schwebenden Stuttgarter Parteihauptling und Lokalredakteur Westmeyer und dem zum revisionistischen Flügel sich haltenden Chefredakteur Reichs- und Landtagsabgeordneten Keil zu.

Wohl bemühte man sich hinter den Kulissen nach Kräften, den Parteibader zu dämpfen — umsonst; auf der Landesversammlung plähte die Bombe. Wohl suchte auch der Vorsitzende Reich schon in der Eröffnungsansprache die Kampfpläne zu beschwichtigen unter Hinweis auf den unheilvollen Schaden, den die Partei erleiden müsse — umsonst; die Wasser waren zu tief, als daß die feindlichen „Brüder“ hätten zusammengebracht werden können.

Schon die Birowalds brachten getrennte Vorschläge der Revisionisten und Radikalen, und als erstere durchliefen, setzten letztere mit ihren Geschäftsordnungsanträgen ein, welche wieder Anlaß zu den schärfsten „brüderlichen“ Raßbalgereien boten, so daß ein Delegierter vom Lande ganz resigniert meinte, die Landesversammlung biete doch ein trauriges Bild.

Der Bericht des Landesvorstandes ging auch auf den Parteizustand ein. So wie in der letzten Zeit das es nicht mehr weiter gehen, wenn nicht das ganze Partieleben vergiftet werden soll. Nach allem, was sich im letzten Jahre zugetragen habe, könne man sagen, daß ein Zusammenarbeiten der Tagwachtredaktion nicht länger möglich sei, das Geschäft müsse unter diesen Streitigkeiten verfallen. Nachdem alle Vorschläge des Landesvorstandes feilschlagend sind, die Streitigkeiten zu schlichten, hat der Landesvorstand die beiden Redakteure Westmeyer und Keil erlucht, freiwillig aus der Redaktion auszuschcheiden. Beiden Genossen wurde angeboten, als Mitarbeiter verwendet zu werden. Der „Genosse“ Keil habe sich mit dieser Entscheidung des Landesvorstandes ohne weiteres einverstanden erklärt. Der „Genosse“ Westmeyer habe sich Bedenken ausgedrückt, nach Ablauf derselben aber den Vorschlag des Landesvorstandes abgelehnt.

Ueber den Parteifonds sprach dann der Parteisekretär Pfleger. Kaum hatte er geendet, als auch schon wieder zur Geschäftsordnung das Wort verlangt wurde. Der „Genosse“ Gehring-Ulm schlug Pfleger als Berichterstatter über den Parteifonds Westmeyer — Keil vor und wandte sich dann erzuht mit der Mitteilung an die Versammlung, daß dem Parteitag in letzter Stunde eine Broschüre zugegangen sei, die angeblich Material zu den Zwistigkeiten innerhalb der württembergischen Partei liefern soll. Es muß festgestellt werden, daß innerhalb der württembergischen Partei keine Zwistigkeiten bestehen. Der Zwist besteht lediglich in Stuttgart. (Mal na!)

Den Stuttgarter Radikalismus ist die Tagwacht in ihrer leitenden Arbeit zu sehr Sie möchten aus ihr einen süddeutschen „Vorwärts“, vielleicht sogar eine süddeutsche „Leipziger Volkszeitung“ machen. Zu diesem Zwecke verlangen sie eine Prekommission, in der 3 Genossen des Landesvorstandes und Landesauschusses der sozialdemokratischen Partei und 6 Genossen aus der Stuttgarter Radikalkolonie sitzen sollten, die es sich natürlich nicht nehmen lassen würden, die revisionistisch geführte Landesvorstands- und Ausschussdelegation bei „prinzipiellen“ Beschlüssen zugunsten der radikalen Linie niederzustimmen. Das war sehr schlau von der Westmeyerischen Richtung eingefädelt, aber die Revisionisten merkten die Fallstricke, die sie zu Fall bringen sollten.

In einem zweifelhafte Referat erstattete der „Genosse“ Pfleger Bericht über den Pressekonflikt, worauf sich dann als erster Westmeyer erhob, um in rednerischen Zweikampf seinen aus so unsympathischen Mitgenossen Keil als dem Sattel zu heben. Aus seiner langen Rede geben wir die für uns wichtigsten Stellen nach dem Bericht der „Tagwacht“ wieder, damit sie die Kollegen draußen im Lande in der Kleinagitation verwerten können, wenn einzelne sozialdemokratische Mannschaften in den Betrieben gegen die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung feien und zeteren, trotzdem sie vor ihrer eigenen Ehr genug zu stehen hätten. „Der Haß gegen den Klassenhaß wächst, der Klassenkampf verschärft sich“, führte Westmeyer u. a. aus. „Die Fraktion hat in der zweiten Kammer eine Marokko-Interpellation eingebracht und von der Regierung verlangt, daß sie ihr in der Frage, wo Gut und Blut des Volkes auf

dem Spiel stehe, eine Antwort gebe. Wir alle wissen, wie die Antwort ausgefallen ist. Sie war ein Schlag ins Gesicht des Proletariats. Das kümmerliche Vorgehenshinter der blödsinnigen Parteien auf diese Antwort verschärfte noch diese Tatsache. Trotz dieser verkörnten Antwort haben wenige Tage später einige Abgeordnete bei denselben Ministerpräsidenten zu Tische gesessen und gespricht. Jeder hat das Recht und auch die Abgeordneten haben es, einmal eine Dummheit zu machen. In der vorliegenden Situation war die Teilnahme unserer Abgeordneten jedoch eine Provokation und ein zweiter Schlag ins Gesicht des Proletariats. . . Wir wollen wissen, was wir waren: Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und des kapitalistischen Klassenhaates! Damit dies auch in der Presse zum Ausdruck kommt, verlangen wir die Einsetzung einer Pressekommission. . . Wir verlangen gleiches Recht für alle Parteigenossen und wollen nicht haben, daß ein großer Teil entrechtet und vergewaltigt wird. Es ist eine folgen-schwere Entscheidung, die die Landesversammlung heute zu treffen hat. Die Erregung ist von gewissen Parteigenossen auf Land hinausgetragen worden. Die erregten Wogen lassen sich nicht so leicht wieder glätten. Den Genossen, die diese Erregung verschuldet haben, geht es wie Goethes Faublerlehr-ling: „Die ich rief, die Geister, werb' ich nicht mehr los.“ An der Erregung der läublichen Genossen trage besonders Keil ein gerütteltes Maß von Schuld. . . Ich sehe der Entscheidung ruhig und gelassen entgegen, Nemebur muß geschaffen werden. Wir wollen zu unserm Recht kommen. (1) (Im Begriffsartikel zur Landesversammlung hat Westmeyer's Gegner, Herr Keil, geschrieben: „Unsere Parole wird die sein, die sie immer war: Wieder mit aller Ungerechtigkeit, Unfreiheit und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen!“ Aber — Theorie und Praxis bei den Sozialdemokraten sind zwei grundverschiedene Dinge. D. M.) Wenn sie diesem Verlangen nicht Rechnung tragen, so werden Sie einen Kampf entfesseln. (Aber der Massenwille, Genosse Westmeyer! D. M.) Von der Forderung des uns zusehenden Rechts werden wir nicht ablassen.“

Man kann sich beim Lesen dieser Rede — besonders, wenn man das auf sich einwirken läßt, was zwischen den Zeilen in persönlicher Absicht gegen den Mitgenossen Keil gesagt ist — nicht des Eindrucks erwehren, daß es geradezu ein Jammer ist, hinter diesem Gewaltmenschen- und Strebertum eine große Zahl unserer so schwer um ihr Dasein kämpfenden Arbeiter in blindem Vertrauen daherauf zu sehen. Das christlich-nationale Ideal lehnen sie ab und menschliche Tongößen, die nur das Ihre suchen, beten sie an.

Natürlich stieß nunmehr der Genosse Keil genau so in die persönliche Kampfrumpete, wie das sein „Freund“ Westmeyer ihm gegenüber getan hat. Keil führte aus, daß die Rede Westmeyer's den Eindruck erwecken könne, als ob die „Tagwacht“ seit mehr als 10 Jahren von einem unfähigen Tropf regiert worden wäre. Da sei es nur zu beklagen, daß ihr nicht schon vor vielen Jahren ein solcher Lehrer entstanden ist, der sie über den wachsenden Klassenhaß unterrichtet und auf die Bahn des Klassenkampfes gebracht hat. . . Ich verzichte auf dieser Landesversammlung auf jegliches Vertrauensvotum und erkläre, daß ich den seit einem Jahre wiederholt dem Landesvorstand mitgeteilten Entschluß, aus der „Tagwacht“ auszusteigen zu wollen, in den aller nächsten Wochen durchzuführen werde. Sie haben soeben wieder ein Bild bekommen von der sachlichen Kampfweise des Vorredners. Nachdem er seinen Gegner mit einer Fülle von Schmutz übergoßen und persönlich in den Rot gezogen hat, verächtelt er feierlich, daß er alles persönliche vermeiden und „streng sachlich“ kämpfen werde.“ Und nun folgt aus schwer gepreßtem Herzen ein Bekennnis Keils, wie er bis aufs Blut persönlich bekämpft worden ist. Westmeyer habe ein kollegiales Zusammenarbeiten in der Redaktion unmöglich gemacht. (1) Ganz zweifelhaft meint er, er könne ein halbes Jahr lang nur Leitartikel von der Rosa Luxemburg und dem Genossen Pannekoek bringen, es würde trotzdem immer noch heißen: Der Keil muß weg! Wie ein Hohn auf diesen Schmerzensausbruch klingt das sozialistische stolze Wort: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Armer Keil! In seiner Rehnut und Erbitterung verfehlt er dann dem Bundesbruder Westmeyer einen zünftigen Stoß: „Das ist die schmutzigste und hinterhältigste Kampfweise, keine Personen zu nennen, sondern mit allgemeinen Andeutungen zu verächtlichen und zu beschimpfen.“

Herr Keil muß ja seine eigenen „freien“ Gewerkschafts- und Parteifreunde besser kennen wie wir. Zwischen ihnen ist nach dem Keilschen Bekennnis eine schmutzige und hinterhältige Kampfweise zur Beobachtung geworden. Kann man sich da wohl überhaupt noch wundern, daß das in noch gesteigertem Maße aus diesem Lager heraus die christlichen Gewerkschaften lernen zu lernen das mehr als zweifelhafte Vergnügen

haben? Die gegen ihn gerichtete Broschüre nennt Keil „ein ganz gewöhnliches Pamphlet“, für das Westmeyer die Verantwortung trage. Die Stuttgarter Parteileitung spreche so gern vom Kampf „hinter ihren Rücken“. Hier aber habe sie ganz im geheimen ein Machwerk vorbereitet. Sie habe es zunächst in Nürnberg drucken lassen wollen. Dort habe man das abgelehnt. Dann set man nach Würzburg damit gegangen und habe es unter strengster Kontrolle herstellen lassen. Den Angegriffenen sei bis Samstag mittag (1. Verhandlungstag der Landesversammlung) noch kein Exemplar zugänglich gewesen. Dieses Pamphlet enthält eine Fülle von Unwahrheiten. Aber es ist ein einzig dastehender Fall, daß ein Reaktionsmitglied gegen seine eigene Redaktion und gegen das Blatt, an dem er 6 Jahre arbeitet, einen solchen Kampf führt. . .

Diese Ausführungen geben auch dem Draußenstehenden ein Bild von der Korruption, die unter den sozialistischen Weltverbessern herrscht. Es muß dieses Material den „freien“ Gewerkschaftssekretären, die sich erdreiften, gegen unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu hetzen und diese zu verleumben, nachschickend um die Ohren geschlagen werden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsamtglieder müssen darüber aufgeklärt werden, daß sie ihre Groschen einer ganz verfehlten Sache opfern.

Aus der sich anschließenden Diskussion möchten wir auch einige „markante“ Stellen wiedergeben. Eine Genossin Schrabbin aus Reutlingen sagte u. a.: „In Stuttgart ist nichts mehr von Brüderlichkeit zu spüren, da geht's Aug' um Auge und Zahn um Zahn.“ Auch ein anderer, „revisionistisch“ angehauchter Genosse, der neue oberländische Parteisekretär Rosenmayer aus Ravensburg weubet sich gegen Westmeyer. Dieser sei als Parteigenosse in Nürnberg und Hannover tätig gewesen. Überall habe man schwere Differenzen gehabt und überall sei es ein und dieselbe Person gewesen, die sie verursacht habe. Es wendet sich dann der württembergische Führer der Konsumvereine, der sozialdemokratische Abgeordnete Feuerstein gegen den jetzt schon bös zergaunerten Westmeyer und bebort enträfelt, daß man überall unter den jahrelangen Treiberleuten leidet, die in der Person Westmeyer sich verkörpern, während der Delegierte des Berliner Zentralvorstandes Bert die Schärfe des Streites rügt, die für das künftige Partieleben eine Gefahr bilde.

Eine Resolution des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Potsdamen will auf der Mittellinie die kämpfenden sozialdemokratischen Brüder wieder versöhnen, gelungen ist es nicht, denn nicht weniger wie 57 Delegierte verließen proteftierend den Saal, wahrscheinlich wegen der Annahme nachfolgender Resolutionen:

Gehring-Ulm: „Nachdem der Genosse Keil bestimmt erklärt hat, daß er aus seiner Stellung ausscheiden will, beauftragt die Landesversammlung den neu zu wählenden Landesvorstand, allen übrigen Redaktionsmitgliedern, mit Ausnahme Sauerbeds, zu klünbigen, und die Redaktion der „Tagwacht“ einheitlich zu befehlen.“

Die Reutlinger Genossin Schrabbin schlägt folgende Resolution vor: „Die Landesversammlung spricht ihre schärfste Mißbilligung darüber aus, daß Genosse Westmeyer die in der Redaktion bestehenden Differenzen, die vor dem Landesvorstand ausgetragen waren, nicht nur durch breiteste Erörterungen in Stuttgarter Parteiversammlungen, sondern auch durch die Veröffentlichung vertraulicher Schriftstücke und zuletzt durch die Trudlung der auf dieser Landesversammlung verbreiteten Broschüren zu einem Parteikandal schlimmster Sorte gestaltet hat, an dem die Gegner der Arbeiterklasse (!) soll wohl heißen Sozialdemokratie. D. M.) ihre helle Freude haben müssen. Die Landesversammlung verurteilt ein solches Verhalten auf das Entschiedenste und bezeichnet es als unvereinbar mit den Grundsätzen, die ein Sozialdemokrat den Interessen seiner Partei schuldig ist.“

Die Resolutionen der erbotenen Revisionisten wurden mit großer Mehrheit angenommen. Und so kam es, daß sich am Genossen Westmeyer wieder einmal das Gerichtswort benachteiligte: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ Man atmet ordentlich auf, daß man als christlicher Gewerkschaftler nichts mit diesen „roten“ Herrschaften zu tun hat, die große Friedensdemonstrationen veranstalten und dann — statt den gläubigen Nachläufern etwas Positives zu bieten — sich gegenseitig „brüderlich“ verfeilen und zergaunern. Und diese große, hüßliche, abstoßende und unfruchtbare Raßbalgerei wird im roten Lager nicht zu Ende kommen. Die Stuttgarter Genossen appellierten jetzt an den Parteitag zu Jena, gegenüber der „Vergewaltigung der Mehrheit der Genossen Stuttgarts“ doch einzugreifen; das bedeutet wieder eine Vertrauenskundgebung für den schwer unter die Räder gekommenen Westmeyer. Der Kampf wird also lustig weiter gehen — getreu der Devise: „Brüderlichkeit!“

Tantal und Niob, zwei seltene Metalle.

Von Dr. Heinrich Wiesenthal.

Bei der Benennung neu entdeckter Elemente hat die Chemie gar nicht selten auf Götter- und Heldensagen der Vorzeit zurückgegriffen. So gab der skandinavische Gelehrte Sefström dem von ihm 1829 entdeckten Elemente, dessen Salz- wüngen ein auffallend schönes Farbenspiel zeigten, nach der nordischen Göttin der Schönheit, Vanadis, den Namen Vanadin, das Thorium wurde nach dem nordischen Gott Thor benannt, das in Urgefäßen vorkommende Titan erhielt seine Bezeichnung von den uraltesten Göttern den Titanen, deren Anführer jener bekannte Atlas war, auf dessen Schultern das Himmelsgewölbe ruhte. Auch bei der Benennung des Tantals, das vor nunmehr gerade 110 Jahren entdeckt wurde, hat die Mythologie geholfen; weil man bei den anfänglichen Untersuchungen kein Oxyd in Säuren für unauflöslich, für nichtfärbungsfähig hielt, nannte man es, freilich etwas weit hergeholt, nach Tantalus, dem Sohn des obersten Gottes Zeus, der, in Wasser stehend und von herrlichen Früchten umgeben, den qualvollen Tod langsamen Verburchens erdulden mußte, wühen doch Wasser und Früchte zurück, sobald er nach ihnen griff. Das Niob, ein viel später entdecktes Metall, wurde wegen der großen Ähnlichkeit mit Tantal nach der Tochter des Tantalus Niobe benannt.

Das Niob hat bis auf den heutigen Tag ebenso wie seine Salz noch keine technische Bedeutung erlangt, während das ältere Tantal während der letzten Jahre viel verwendet wurde und in seiner technischen Bedeutung zunimmt. Es hat lange gedauert, bis die Chemiker ein Verfahren fanden, die so eng verwandten Elemente Tantal und Niob voneinander zu trennen und beide rein zu erhalten, sind doch auch in der Natur tantalreiche Niobminerale und umgekehrt große Seltenheiten. Frei, wie so viele andere Metalle, hat man bisher noch kein von beiden gefunden, während sie mit Eisen und Mangan als Tantalit, Titanit, Zirconit, Bergkristall, Columbit usw. auf-

treten, und zwar kommen diese Erze vorwiegend im Lande der taubend Seen und auf den Höhenzügen des indischen Himalaya, ferner in Schweden und Grönland, in Nordamerika und vereinzelt auch in Bayern vor.

In reinem Zustand stellt das Niob ein mattgraues Metall mit silberweißer Bruchfläche dar, das gleich dem Tantal dehnbar und zu dünnen Blechen auswalzbar ist. Die Härte des reinen Niob ist geringer als die meisten Stahls, während ein Zusatz von Aluminium oder Kohlenstoff eine sehr harte Legierung ergibt. Im luftverdünnten resp. luftleeren Raum zerfällt das Niob beim Glühen stark, eine Eigenschaft, die es vom Tantal unterscheidet. Wie schon erwähnt, hat weder das reine Metall, noch eine seiner Verbindungen bisher Verwendung gefunden, was indes bei der ständigen Weiterentwicklung wissenschaftlicher und technischer Arbeit keineswegs auszuschließen ist, daß es eines Tages ein geschätztes und hochbezahltes Material wird.

Das reine Tantal, ein schwarzes, bei Behandlung mit dem Polierstaß eifengrau aussehendes Metall, das uns hier vorwiegend interessiert, stellt man durch Reduktion seiner Oxyde mittels Kohle oder metallischem Natrium her oder man erzhelt eine Verbindung des Tantals, das Tantaltantalfluorid mit Natrium. Das reine Metall schmilzt erst bei sehr hoher Temperatur; während lange Zeit das Platin als das schwerst schmelzbare Metall galt, fängt es doch erst bei 1770 an, in den flüssigen Zustand überzugehen, liegt der Schmelzpunkt des Tantals bei etwa 2300°; des in technischer Beziehung mit dem Tantal oft zusammen genannte Wolfram schmilzt erst bei nahezu 3000°. Ferner läßt sich Tantal zu äußerst feinen Drähten anziehen, deren Durchmesser nicht stärker als 3/100 Millimeter, eine mit dem bloßen Auge nicht meßbare Größe, ist. Ein bis zur Rotglut erhitzter Tantalschmelzergibt unter dem Dampfhammer ein Blech von außerordentlicher Härte, die der des Diamanten gleich forant. Man hat versucht, ein solches Blech von nur 1 Millimeter Dicke mit der Diamantbohrmaschine zu durchbohren, erklüht aber nach 24

gem ununterbrochenem Bohren und bei 5000 Umdrehen in der Minute nur eine Vertiefung von etwa 1/4 Millimeter, während der Diamantbohrer stark abgenutzt wurde. Ein hölliges Durchbohren des Bleches, auch wenn es feiner ausgewalzt war, wurde nicht erreicht. Chemische wie physikalische Eigenschaften ändern sich vollständig, wenn das reine Metall mit Niob, Eisen, Mangan oder einem anderen Element vermischt ist.

Die Leitungsfähigkeit des Tantals für den elektrischen Strom ist 6 mal so groß wie beim Quecksilber, während seine elektrische Zersetzung im luftleeren Raum nur ganz gering ist. Diese gravierenden Eigenschaften haben dem Metall große Bedeutung für die elektrische Industrie verschafft. Das Wolfram, die elektrische Glühlampebeleuchtung ökonomischer auszunutzen, d. h. bei geringerem Energieverbrauch stärkere Lichteffekte zu erzeugen, forderte vor allem eine höhere Beanspruchung des Fadens. Die Kohle, die ja bis vor kurzem das Fadenmaterial lieferte, erlaubt aber keine wesentliche Temperatursteigerung, sobald man es mit anderen Stoffen versuchte. Bei der Reiflampe muß man die Magnesiafäden erst erwärmen, um sie leitend zu machen, was durch einen um den Magnesiafäden geschlungenen Metalldraht besorgt wird. Diese Unhandlichkeit ließ sich nicht mehr beseitigen, man nahm Fäden aus schwer schmelzbaren Metallen und kam zu den gegenwärtig so viel benutzten Metallfadenlampen. Hier findet das Tantal neben Wolfram und Osmium in erster Linie Verwendung. Man zog Drähte zu einer außerordentlichen Feinheit von 5/100 Millimeter aus und brachte in der von der Kohlenfadenlampe her bekannten Birne auf einem Stäbchen 2 Cerne mit 11 resp. 12 Fäden an, zwischen denen der feine Tantalfaden verteilt wurde; er kommt beim Durchleiten des Stromes auf eine Temperatur, bei der der Kohle-faden sofort zerfällt würde und das milde, rötliche Licht sofort etwa halb soviel Strom, wie bei der gewöhnlichen Glühlampe gleicher Lichtstärke. Ein solcher Lampenbogen wiegt 0,622 Gramm, es können also mit 1 Kilogr. des Metalls etwa 45 000 Lampenböden hergestellt werden.

Das Zielmarke, das Gemeingefährliche an der ganzen Sache aber ist, daß von einer solchen Bewegung, die vor Korruption, verfallenen Kräfte und innerer Zerrissenheit selbst nicht wehrlich, was sie will, sich noch so viele ernsthaft vorwärts strebende deutsche Arbeiter in Schlepptan nehmen lassen. Unfähig auch zur geringsten positiven Leistung, erschöpfen sich ihre ganze Wirksamkeit in über Kritik und unfruchtbarer Polemik. Aufgabe unserer christlichen Gewerkschaftler ist es darum, keine Gelegenheit zu verpassen, die von sozialdemokratischen Demagogen irreführenden Arbeitstrüben aufzuklären über das mit ihren Interessen getriebene schändliche Doppelspiel. Stärkung der christlichen Gewerkschaften, das ist das wirksamste Mittel dem Schindelspiel der Sozialdemokratie mit den Interessen des arbeitenden Volkes ein wirksames Paroli zu bieten.

Aus der Arbeiterbewegung.

In Sachen des verurteilten Heinrichsbriefes

erklärt der Sekretär des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kollege Vogelsang, folgende Erklärung:

„Wie ich schon erwähnte, hat der Schriftsachverständige Dr. Dool aus Düsseldorf gelegentlich seiner Verdächtigung in dem bekannten Prozesse Aufbruchstraße gegen Inbush betr. den verurteilten Heinrichsbrief die Ansicht vertreten, in Schriftzüge dieses Briefes stimmen mit meiner Schrift überein. Abgesehen davon, daß damit selbstverständlich noch nicht festgestellt ist, daß ich dieses Manuskript fabriziert habe — eine Feststellung, welche auch Herr Dr. Dool ausdrücklich ablehnte — erkläre ich hiermit auf Ehrenwort folgendes:

1. Nicht ein Punkt jenes verurteilten Heinrichsbriefes rührt von meiner Hand her.
2. Mit der Abfassung und der Absendung jenes Briefes habe ich weder direkt noch indirekt etwas zu tun.
3. Ich bin jederzeit bereit, das Vorstehende eidlich zu erklären.
4. Diejenigen, welche mich mit dem Heinrichsbrief irgendwie als Urheber in Verbindung bringen, werde ich gerichtlich belangen.

Herrmann Vogelsang,
Sekretär des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Zur Ausperrung in der niederholländischen Tabakindustrie wird uns vor Redaktionsschluss mitgeteilt, daß zwischen dem niederholländischen Tabakarbeiterverein und dem christlichen Tabakarbeiterverein eine Verständigung erzielt und die Ausperrung damit beendet ist.

Sozialdemokratische „Nobleffe“.

In einer öffentlichen Versammlung in Durlach hatte Kollege Gewerkschaftssekretär Kühn-Pfaffheim u. a. ausgeführt, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband während der Ausperrung in der Württembergischen Bijouterieindustrie Leute auf das Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes geschickt habe, um die Christlichen „herinzulegen“. Dies Witz, wie wir schon in der vorigen Nummer berichteten, bei dem anwesenden Bezirksleiter des sozialdemokratischen Verbandes, Vorhölzer, der besonders durch die verunglückte Pforzheimer Bewegung eine eigentümliche Berühmtheit erlangt hat, einen wahren Wutanfall aus. Er schimpfte auf Kühn in allen Tonarten und suchte ihn als Schwindler und Lügner zu verächtlichen. Auf eine Klage Kühns wegen Verleumdung nahm Vorhölzer die Verleumdung unter Bezugnahme der Kosten zurück Kühn verzichtete bestwogen auf eine weitere Verfolgung der Sache durch das Gericht.

Die sozialdemokratische Presse hat die Verächtlichkeiten Vorhölzers mit vielem Tamtam weiterverbreitet. Trotzdem dieser nun in Durlach bestätigt hat, daß der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Pöhler den Vertrauensmann Schöpfer auf das Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes schickte, um Kühn eine Falle zu stellen, fällt es weder dem roten „Volksfreund“ noch seiner würdigen Tochter, der „Pforzheimer freien Presse“ ein, die Wahrheit über diese Sache ihren Lesern mitzuteilen und die Verächtlichkeiten wieder gut zu machen. Nach Empfang des Vergleichs teilte die letztere Zeitung in einer Briefkastennote mit, sie müsse erst bei Herrn Vorhölzer in Stuttgart anfragen, ob sie den zugehenden Vergleich in dieser Sache in redaktionellen Teil veröffentlichen dürfe. Als nun anscheinend dieser die Einwilligung nicht gab, versuchte man noch Geld mit der Sache zu verbieten. Eine weitere Briefkastennote sagt nämlich, daß

Noch andere Industriezweige nützen die vorzüglichen Eigenschaften des Tantal als, so z. B. die Schreibfedernfabrikation. Als geeignetes Metall nahm man bis jetzt, besonders seiner Elastizität wegen, Stahl zu Schreibfedern, muß aber mit dem Rosten und der allmählichen Verschönerung der Feder rechnen. Im Gold hat man zwar ein reicheres und auch in chemischer Beziehung schwer angreifbares Metall, es ist aber viel zu weich und würde sich schnell abschreiben, wenn man die Goldfeder nicht mit angelöteten Hartspitzen aus dem teuren Iridium oder einem anderen Platinmetall versieht. Eine große Berliner Schreibfedernfabrik nahm die Versuche zur Herstellung von Tantalfedern auf und es gelang ihr auch, das neue Material, mit dem noch wenig diesbezügliche Erfahrungen vorlagen, zu schneiden zu formen und zu spalten und Federn mit Winkel-, Kugel- und Rundspitzen herzustellen. Sowohl in mechanischer als auch in chemischer Beziehung erweisen sich die Tantalfedern den Stahlfedern wesentlich überlegen.

Die Widerstandsfähigkeit des Tantal gegen Säuren (mit Ausnahme der Fluorwasserstoffsäure), seine Eigenschaft, nicht zu rosten, sowie Härte und Elastizität machen das Metall zur Herstellung chirurgischer und besonders zahnärztlicher Instrumente geeignet; so hat man Röhren von äußerst geringem Durchmesser zu Kanülen und Sonden gezogen und kann diese vielseitig benutzen, da die Flüssigkeiten das Metall ja nicht angreifen; auch gründliche Desinfektion ist mit Leichtigkeit zu erreichen. Spiralfedern für Uhren werden gleichfalls mit Erfolg aus Tantal gefertigt, wobei die beiden Eigenschaften das Metall gegen feuchte Luft unempfindlich und unmagnetisch zu sein, für Schiffuhren besonders zu schätzen kommen. Mancherlei Werkzeugen des Mechanikers und Optikers erfordern eine nicht magnetische Pinzette, die man entweder aus Tantal fertigt oder bei der man die Spitzen mit Tantal beschützt. Die zahlreichen Verwendungsgebiete, die es besonders in der Fischereiinstrumenten- und Werkzeugfabrikation gefunden hat, mehrten sich von Tag zu Tag.

die „Freie Presse“ gewillt wäre, den Vergleich gegen Bezahlung im Inzeratenteil zu veröffentlichen.

Das ist der Höhepunkt der journalistischen „Nobleffe“; erst wird jemand in redaktionellen Teil herunterschlüsseln und dann verlangt man Bezahlung, wenn der Betreffende gerechtfertigt werden soll. Ein typisches Beispiel, wie die sozialdemokratische Presse ihre Leser einseitig, ist übrigens auch ein Artikel, der unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“ in Nr. 213 des „Volksfreund“ und der „Freien Presse“ steht. Dort behauptet Vorhölzer, trotz seinem Eingeständnis vor dem Amtsrichter in Durlach, daß es ihm nicht im Schlafe eingefallen ist, zuzugestehen, daß die Behauptungen Kühns zutreffen. Was aber die rote Presse nicht alles ungestraft ihren blindwütigen Lesern aufzählen darf, beweist die Weitergabe der Behauptung Vorhölzers, „Kühn habe sich mit der Veröffentlichung des Vergleichs blamiert.“ Ja, Herr Vorhölzer, Sie hätten doch in dem Falle keinen vernünftigen Grund und keine Veranlassung gehabt, der Pforzheimer freien Presse den Rat zu erteilen, sie solle die Veröffentlichung des Vergleichs unterlassen.

Unsere Kollegen sehen aber hier wieder an einem drastischen Beispiel, wie die rote Presse ihren beweiswürdigen Lesern systematisch die Wahrheit vorenthält. In der Verleumdung der christlichen Arbeiter und ihrer Führer entwickelt sie einen Eifer und eine Kirchlichkeit, die einer bessern Sache würdig wären. Alle Sprachschneidereien, Verleumdungen und Beschimpfungen besorgt sie in der „Zukunftsmorgen“ Weise gratis im redaktionellen Teil — aber Nichtsstellungen? — Sie besorgt sie auch — gegen Bezahlung im Inzeratenteil; denn erstens, es bleibt von der redaktionellen Verleumdungsarbeit dann mehr hängen und zweitens, es bringt was ein. „Und mit solchem Pack muß man sich herum-schlagen!“

Schon wieder eine!

Den Mitgliedern der „Leitenden Krankenkassenkassen“ (C. D.) zu Durlach ist die Mitteilung zugegangen, daß über das Vermögen genannter Kasse das Konkursverfahren eröffnet worden ist. Ferner heißt es in dem Schreiben: „Nach Paragraph 31 des Hilfskassengesetzes, Paragraph 34 und 9 des Statuts, bleiben Sie für die dem Tage der Konkursöffnung nach folgenden 18 Wochen zur Zahlung Ihrer statutenmäßigen Beiträge verpflichtet.“

Mancher wird bei Zustellung des Schreibens die Verleumdung Kühns Handlung eingesehen haben; es war zu spät. In Warnungen auf diesem Gebiete hat es bisher wahrhaftig nicht gefehlt. Trotzdem leben auch noch heute viele Arbeiter in der Meinung, in solchen Fällen Schutz in fränkischen Tagen zu finden. Geld für die Organisation, die den Beweis erbracht hat, daß sie in allen Notlagen des Lebens dem Arbeiter ein sicherer Hort ist, haben sie vielfach nicht übrig, oder die Organisationsbeiträge werden als „weggeworfenes“ Geld bezeichnet. Mögen unsere Mitglieder aus diesem Fall die rechte Lehre ziehen und den Agenten, die mitunter sehr aufdringlich werden, die Läre zeigen. In der Agitation kann angeführter Fall bei passender Gelegenheit den Arbeitern als Warnung vorgeführt werden.

Der Düsseldorf-Krankenkassen-Skandal

Ist für die Sozialdemokratie äußerst unangenehm und hat sie in die denkbar größte Verlegenheit gebracht. Die sozialdemokratische Parteipresse verliert mit der ihr eigenen Dreistigkeit, die niederschmetternde Blamage einfach abzuleugnen. Es wird beschworen, verteidigt, abgeleugnet und frisch drauf los geloggt, sobald schließlich die Leser glauben sollen: Dies Kind, kein Engel ist so rein, wie die rote Mehrheit in der Düsseldorf-Krankenkassenkassen. Der Kassenstand hat ebenfalls eine längere Erklärung veröffentlicht, um die Wirkung des Prozesses zu vermindern. Diese Beschönigungsversuche und Ablenkungsmanöver können nur auf ganz dumme Eindruck machen. An den gerichtlich ermittelten Tatsachen ist nicht zu rütteln. Zeugeneidlich wurde festgestellt, daß unfähigste sozialdemokratische Gewerkschaftler tüchtigen langjährigen Beamten mit den besten Zeugnissen vorgezogen wurden. In dem vor Gericht abgeschlossenen Vergleich mußten die Kläger selbst zugestehen, daß bei der Anstellung von Beamten vielfach mehr auf die sozialdemokratische Gesinnung als auf die Qualifikation der Bewerber gesehen wurde. Der Wahrheitsbeweis war so erdrückend und das Ergebnis der eiblichen Zeugenaussagen für die Kläger so niederschmetternd, daß der Anwalt des Kassenverwalters Genossen Lehner sein Mandat während der Gerichtsbehandlung niederlegte. Das steht schon mehr einer Katastrophe wie einer bloßen Niederlage und Blamage ähnlich. Mit diplomatisch gemilderten Beschönigungs- und breiigen Ablenkungsversuchen können diese gerichtsnotorischen Tatsachen nicht aus der Welt geschafft werden.

Die Genossen suchen nun den am schwersten Betroffenen Kassenverwalter Lehner von ihren Hochschößen abzuschütteln. Der sei 1908 aus der Partei ausgeschlossen worden, ergo: Mit ihm hat die Sozialdemokratie nichts zu tun. Daß ein formaler Ausschluß vorliegt, stimmt schon, aber ebenso ist es in Düsseldorf stadtbekannt, daß Lehner heute wieder eine der populärsten Persönlichkeiten im Genossenlager ist. Der Ausschluß, der wegen einer Unfähigkeit bei der Landtagswahl erfolgte, scheint nur papierene aber keine praktische Bedeutung und Wirkung zu haben. Das geht schon daraus hervor, daß Lehner Inhaber der Konzeption des Düsseldorf-Krankenkassen-Komitees ist. Eine solche wichtige Stellung wird die Sozialdemokratie doch niemals einem Abtrünnigen oder Negativen übertragen. Mit dem Ausschluß ist's also nichts.

Direkt unwahr ist eine andere Ausflucht der Sozialdemokratie, wonach die Mehrheit der Beamten in der betr. Krankenkassenkassenkassen sein sollen. Einige rote Blätter konträrrieren sich mit dieser Behauptung schon eine „Zentrum“-Mißwirtschaft in der genannten Krankenkassenkassen. Demgegenüber sei nur kurz festgestellt, daß laut der öffentlichen Wählerlisten bei den letzten Stabsrats- und Landtagswahlen von den circa 36 Beamten der Kasse nur sechs nichtsozialdemokratisch gewählt haben. Die Behauptung der sozialdemokratischen Presse erweist sich mithin als plumper Schwindel. — Tatsache ist und bleibt, daß die Gemeinsame Ortskrankenkasse in Düsseldorf in der unerhörtesten Weise zu sozialdemokratischen Parteizwecken mißbraucht worden ist.

Ein Akt sozialdemokratischer Niedertracht.

Der Fanatismus der durch die sozialdemokratische Erziehungsmethode verzeigten Massen treibt immer tollere Stü-

len. Während man in der Genossenpresse Tag für Tag Wert über die Neutralität des Unternehmertums, scheuen die roten Scharen nicht davor zurück, anbestehende Arbeiter ohne Gnade und Erbarmen außer Acht zu lassen, brotlos zu machen. Für diese Behauptung ein neuer Beweis:

Ein Mitglied unseres Verbandes aus dem Hagener Gebiet hatte bei der Eisengießerei Wilhelm, Mühlheim-Nahe, eine Stellung als Former angenommen. Aufsehen der Firma und dem betr. Kollegen war ein Vertrag vereinbart und am 7. ds. Mts. sollte der Kollege seine Tätigkeit aufnehmen. Er hatte indes seine Rechnung ohne die Vertreter von „Freiheit“ und „Gründlichkeit“ gemacht, denn kaum war er im Betriebe, als die Genossen durch die „Hauptstadtkorrespondenz“ erfahren ließen, mit K. wird nicht gearbeitet. 5 Mann reichten sofort die Kündigung ein. Zur besseren Illustrierung diene folgendes Schreiben der Firma W.:

Mühlheim (Nahe), den 7. Sept. 1911.
Firma H. Ebermann Nachf.,
Vogelsang i. W.

Den heute bei uns eintrafenden Former W. K., welchen wir hier dauernd beschäftigen wollten, mußten wir wieder gehen lassen, da unsere Former die Arbeit, wenn K. bei uns die Arbeit aufnehmen würde, sofort niederlegen werden. 5 Former haben bereits gekündigt und der Rest wird morgen die Kündigung einreichen.

Des weiteren wird in dem Schreiben angedeutet, daß die Genossen nur aus dem Grunde die Arbeit niederlegen wollten, weil der K. anlässlich der Hagener-Schmelzer-Konferenz (1910) nicht mitgestimmt habe. Dabei werden nun aber verächtliche Bemerkungen über die Genossen gemacht, daß die Genossen Arbeiter, welche im Vorjahre in Hagener nicht ausgereicht waren, nicht als Streikbrecher betrachtet wurden. Wir können überdies nachweisen, daß die Hagener Verwaltungsjahre des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch solche Arbeiter hernach in ihren Verband aufgenommen hat. Es ist keinem Menschen eingefallen, hierüber den sozialdemokratischen Verband vorzuwerfen zu machen. Da einer der Hauptbecker in Mühlheim von Hagener ist, und die Aussperrung mitgemacht hat, mußte er dieses wissen.

Es kommt aber noch folgendes hinzu: Vor wenigen Wochen wurde seitens der drei Organisationen, sozialdemokratischer Verband, S. D. Gewerkschaften und christlicher Metallarbeiterverband, eine Bewegung geführt. Bei dieser Bewegung hat der Kollege K. volle Solidarität gelebt, indem er gleich seinen übrigen Arbeitskollegen die Kündigung eingereicht hat. Der Kollege gab dieses in Mühlheim auch an, aber der wahre Grund für das geradezu skandalöse Verhalten der Metallgenossen war der, K. gehörte nicht dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband an. Nur, die Firma Wilhelm ist der territorialen Förderung der Genossen nachkommen und im nächsten Geschäftsbericht kann der sozialdemokratische Verband auch davon berichten, daß es seiner Initiative zu verdanken sei, daß man einen armen Familienvater um seine Existenz gebracht hat, weil er kein Genosse war. Um den christlichen Arbeitern aber ist es, durch allseitige Stärkung der christlichen Gewerkschaften die rote Niedertracht in ihre Schranken zu weisen.

„Freie“ Gewerkschaften und die rote Wahlklasse — oder „Gott die Neutralität!“

Düsseldorf steht augenblicklich vor einer Reichstags-erstmahl. Interessant ist es nun, wie die sogenannten „freien“ Gewerkschaften bei dieser Gelegenheit wieder ihre angebliche Neutralität bekunden. Nicht nur, daß man in den Gewerkschaftsversammlungen offen Propaganda für den sozialdemokratischen Kandidaten macht, auch die Gewerkschaftsleiter beginnen wieder reichlich für den sozialdemokratischen Parteifonds zu stehen. So meldete die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ in ihrer Nr. 173:

„Zum Reichstagswahlfonds hat die Organisation der Düsseldorf-Bauarbeiter in ihrer letzten Generalversammlung den Betrag von 500 Mark bewilligt und für eine eventuelle Stichwahl weitere 500 Mark in Aussicht gestellt. Das Geld ist bereits abgeliefert. Sichtlich findet die Befundung der Solidarität auch in anderen Gewerkschaften Nachahmung.“

Das rote Blatt hat die „Neutralität“ der „freien“ Pappenheimer richtig eingeschätzt. Nachdem es bereits vorher in der Nr. 167 50 Mark vom Verband der Eisenarbeiter für den Wahlfonds quittiert, folgten in Nr. 173 die „Freien“ Metallarbeiter mit 500 Mark und die hito Arbeiter mit 25 Mark. Dann in Nr. 180 die Textilarbeiter mit 25 Mark, in Nr. 187 die Holzarbeiter mit 200 Mark und die Gasse- und Schankwirte mit 20 Mark, in Nr. 192 die Böttcher mit 10 Mark und die Dachdecker mit 20 Mark, und in Nr. 197 die Maler und Anstreicher mit 200 Mark und die Zahlfabrikanten der Bauarbeiter in Hilden mit 20 Mark. Das sind insgesamt 1570 Mark, die durch die Düsseldorf-Krankenkassen Gewerkschaften in einem Monat dem sozialdemokratischen Wahlfonds zugeführt wurden.

Die oben angeführten freien Verbände zählen nach den letzten Nachweisen zusammen in Düsseldorf 11817 Mitglieder, davon gehören der roten Parteiorganisation an nur 2662, das ist nicht einmal der vierte Teil. Schab' nichts, denken die roten Macher, für die Partei mit „bleiben“ sollen sie doch. Wofür wären denn sonst die „freien“ Gewerkschaftsklassen da. Und Genosse Dr. Erdmann hat vollkommen recht, wenn er von den „freien“ Gewerkschaften spricht: „Schab' rede ich nicht von „freien“, sondern von sozialistischen Gewerkschaften, weil ich ihre Wesen, ihr Verbot und ihre Macht darin sehe, daß sie Hand in Hand mit der Partei wirken an der Befreiung der Arbeiterklasse im Sinne des Sozialismus.“ Dr. Erdmann hat tatsächlich an den Vätern der Düsseldorf-Krankenkassen „freien“ aufmerksame und willige Schüler gefunden: sie „befreien“ die Arbeiterklasse von ihren, für gewerkschaftliche Zwecke geleisteten Beitragsprozessen „im Sinne des Sozialismus“ — daher der Name „freie“ Gewerkschaften.

Über nicht nur in Düsseldorf, auch anderwärts macht die „Freien“ wieder mit Nachdruck in „Neutralität“ im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen. So bringt die „Frankfurter Volksstimme“ in ihrer Nr. 202/11 einen Bericht über eine Generalversammlung der dortigen Zweigvereinsleitung des „freien“ Bauarbeiterverbandes, worin es u. a. heißt:

„Ueber die Reichstagswahl sprach Kollege Schneider (Vollbeamter). Er hält es für eine unbedingte Pflicht, für die kommende Reichstagswahl alle unsere Mitglieder zur Unterstützung der Partei zu erziehen. Ganz besonders müssen sich die Parteileitungen lebhaft an den Arbeiten beteiligen. Auch müssen wir überall dafür sorgen helfen, daß wir Solale zu Versammlungen zur Verfügung haben. Von sehr großer Wichtigkeit sei ferner, darauf zu achten, daß unsere Kollegen, die in ausländischen Wahlkreisen wohnen, aber in ausländischen Kreisen

wie Frankfurt a. M., Höchst a. M., Hanau usw. in Arbeit liegen und dort auch im Logis bleiben, sich dort eintragen lassen und auch dort wählen

Ein Antrag der Bezirksliste Frankfurt a. M., für die Reichstagswahl aus der Zweigvereinskasse 1500 M. zu bewilligen, und diese Summe prozentual nach der Mittelabgabe, wie sie in den einzelnen Kreisen vertreten ist in abgerundeten Summen den Wahlkreisen zu überweisen, wurde einstimmig angenommen.

Den nicht sozialdemokratischen Arbeitern, die nach solchen Beschlüssen noch an den Schindeln der Neutralität der freien Gewerkschaften glauben, ist wirklich nicht zu helfen.

Kundjman.

Eine Lektorenachricht über die christlichen Gewerkschaften setzte jüngst wieder einmal die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in Umlauf. Von ihrem „gut unterrichteten“ Sachverständigen hat sie sich den Werten anbinden lassen, daß die letzte Fuldaer Bischofskonferenz den christlichen Gewerkschaften sozusagen mal wieder das Lebenslicht ausgeblasen habe. Der Bischof Dr. Schulte von Paderborn, so hieß es dort, habe am Schlusse seines Berichtes über die Frage der Zulässigkeit der Mitgliedschaft der Katholiken in den christlichen Gewerkschaften den Antrag gestellt, diese Frage dem Papst als Schiedsrichter zu unterbreiten. Der Antrag sei dann nach einem scharfen Rebeucl zwischen dem Kölner und Breslauer Kardinal angenommen worden. Mit unerschöpflicher Befähigung meinte dann die Kolonnen, das Urde sei nicht unklar; zweifellos werde den katholischen Arbeitern nun die Mitgliedschaft in den christlichen Gewerkschaften verboten werden.

Es ist bekannt, daß diesem Essener Blatt die christlichen Gewerkschaften ebenso unbehagen sind, wie dem bekannten Herrn Kirdor, der sie einst ohne jeden Beweis für die Stickschaltigkeit seiner Ansicht als „Schlimmer wie die Sozialdemokratie“ bezeichnete. Da zudem bekanntlich die sog. Gewerkschaftsfrage längst dahin entschieden ist, daß der Mitgliedschaft der katholischen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften nichts im Wege steht, stand es von vornherein fest, daß der „gut unterrichtete“ Gewährsmann der Rheinisch-Westfälischen sich die ganze Mähergeschichte aus den Fingern gezogen hatte. Trotzdem ließ es sich die Kolonne ehrliebe Genossenpresse nicht nehmen, ebenfalls auf den Schwindel hereinzufallen — ja, sie kann nicht umhin, den Gewährsmann des Essener Blattes noch zu übertrumpfen mit der Versicherung, daß das Auflösungsdekret für die christlichen Gewerkschaften schon fix und fertig in der päpstlichen Schublade liege.

Sehr zum Leidwesen dieser unserer „guten Freunde“ zerstörten aber die in der Angelegenheit genannten Kirchenfürsten sofort die Freude durch die Veröffentlichung der nachstehenden Erklärungen in der Köln. Ztg.:

„Ich ermächtige Sie zu der Erklärung, daß der Artikel „Der Papst als Schiedsrichter“ in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Nr. 986, abgesehen davon, daß in Fulda die Gewerkschaftsfrage besprochen worden ist, in allen Teilen der Wahrheit ins Gesicht schlägt. Treistere und tollere Unwahrheiten habe ich nie gelesen.“

Der Bischof von Paderborn: „Die Mitteilungen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung über die diesjährige Bischofskonferenz in Fulda sind in jeder Beziehung unrichtig.“

Köln und Breslau, im September 1911. A. Kardinal Fischer. G. Kardinal Kopp. Die knallrote und rotrote Presse wird natürlich trotz dieser blühenden Zurückweisung fortfahren mit ihren unlauteren Mandern. Sie müssen halt im Parteiinteresse das Gras wachsen hören. Und so lange gewisse Leute nicht alle werden, wirds auch an solchen nicht fehlen, die vom Schwindel leben.

Die Arbeitslosenversicherung war Gegenstand der Verhandlung auf dem deutschen Städtekongress in Köln. Die beiden Referenten Oberbürgermeister Wallraf-Köln und Widess-Frankfurt a. M. hatten ihre Meinung in acht Leitzätzen niedergelegt, deren letzter wie folgt resümierte.

„Die Überweisung der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeitslosenversicherung an die Gemeindeverwaltungen ist daher nur eine Verlegenheitsauskunft, um die eigentlich verantwortlichen Stellen — Regierungen wie Parlamente — von der Verantwortlichkeit zu befreien. Alle Gemeindeverwaltungen, auch diejenigen, welche aus freiem Entschluß bisher Versicherungseinrichtungen irgend welcher Art für Arbeitslosengeschaffen haben, sowie alle wahren Freunde rationaler und wirksamer Versicherung sollten gegen diese veruchte Verchiebung der Verantwortlichkeit Verwahrung einlegen und von den Regierungen fordern, daß von ihnen unverzüglich die erforderliche Untersuchung eingeleitet werde, um sowohl das Versicherungsbedürfnis als die Mittel zu seiner Befriedigung für die einzelnen Gewerbe- und Arbeiterklassen zu ermitteln und festzustellen. Soweit die Stadtverwaltungen hierzu, insbesondere bei Untersuchung der Verhältnisse der Gelegenheitsarbeiter hilfreiche Hand leisten können, werden sie gerne dazu bereit sein.“

Bei der Besprechung fand der Kölner Oberbürgermeister, Herr Wallraf, warme Töne für die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Die beste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei der Arbeitsnachweis. Hofmandarbeiten seien unwirtschaftlich und nur auf bestimmte Kategorien von Arbeitern beschränkt. Auf Grund der Kölner Erfahrungen sei er im Gegensatz zum deutschen Handwerkskongress der Meinung, daß die Arbeitslosigkeit durch Hofmandarbeiten nicht behoben werden könne. Die Arbeitslosenversicherung dagegen könne die Arbeitslosigkeit vermindern, darum dürfe diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Herr Widess, führte gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung so viele Bena und Aber ins Dreffen, daß Kollege Sieberts daraus mit Recht eine Opposition gegen die Versicherung konstatierte. Es war daher durchaus berechtigt, daß er von den Städten, die im Interesse der Besessenen Millionenausgaben macher für Theater, Parks usw., verlangte, daß sie es dann auch nicht ablehnen dürften, Mittel für die Arbeiter aufzuwenden mit der Ansrede, das Problem sei zu schwierig um etwas zu tun. Im Schlußwort erklärte der Frankfurter Oberbürgermeister mißverständnisse worden zu sein; auch er sei für die Einführung. Dann ist es verstandlich, warum das geliebte und kolle Frankfurt mit seiner weit links stehenden und sozialdemokratischen Stadtratsmehrheit bisher nichts getan hat auf diesem Gebiete. Es ist doch ganz und gar nicht die Schuld der Reichsregierung, man habe keine Erfahrungen, sofort hinreichend wito, wenn andere große Städte das Kölner Beispiel

nachahmen. In einigen Jahren sind dann genügend Unterlagen vorhanden. Also — „Sie Rhodus, Sie fatal!“

Der Bund der Industriellen, der sich immer mit seiner „Politik der mittleren Ante“ brüht macht sich alle Mühe, gleichen Schritt zu halten mit den unentwegten Scharfmachern. Das kam klar zum Ausdruck auf seiner letzten Generalversammlung in Dresden. Der dort erstattete Geschäftsbericht hebt voll Freude hervor, daß der Sturmlauf des Bundes der Industriellen gegen das Arbeitskommissiongesetz erfolgreich gewesen sei. Das „Mannesberg“ der Regierung gegen die Fährlichkeit der Arbeitersekulare; sei auf das Konto des Bundes der Industriellen zu buchen. Mitlin haben wir nicht zuviel behauptet, wenn wir Stresemann und Bueck als so ziemlich gleichwertig einschägen. Der eine sagt es offen heraus und der andere mit etwas höflicheren Worten. Der Effekt ist auf alle Fälle der gleiche.

Aus der Metallindustrie. Die Bombacher Hüttenwerke erzielten im Jahre 1910/11 einen Gewinn von 14 509 860 M. (i. V. 11 995 095 M.) Hieron erfordern Abschreibungen Zinsen, Verwaltung, Steuern zc. 6 941 586 M. (8 860 366 M.) Der verfügbare Reingewinn von 7 568 264 M. (5 134 729 M.) soll folgendermaßen verwendet werden: Besondere Abschreibungen und Rückstellungen für Erweiterung des Werkes und Umbauten M. 2 000 000 (M. 800 000), Rückstellung für Talonkonten M. 100 000 (M. 298 340), für gemeinnützige Zwecke, Ruhegehaltskasse und Arbeiterunterstützungen M. 250 000 (M. 80 000), an die Rechnung für Tilgung der Schuldverschreibungen und an den Sicherheitsbestand M. 125 912 (0), 9 Proz. Dividende auf 50 Millionen = M. 4 500 000 (8 Proz. auf 45 Millionen = M. 3 600 000), Gewinnanteile M. 201 473 (M. 142 220), Vortrag auf neue Rechnung M. 390 879 (M. 214 169).

Die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Heiderich erzielten einen Rohgewinn von 6 574 975 M. (5 877 569 M.) Die Abschreibungen erfordern 2 761 638 M. (2 722 967 M.) Dem Hütten-erneuerungs- und Sicherheitsbestand wurden 183 017 M. (300 000 M.) zugewiesen. Der übrig bleibende Reingewinn von 3 630 320 M. (2 854 602 M.) wird folgendermaßen verwendet: 8 Proz. (7 Proz.) auf 40 (35) Mill. Mark Aktienkapital gleich 3 200 000 M. (2 450 000 M.), zur Talonkonten-Rücklage 60 000 als Gewinnanteil für den Aufsichtsrat 86 594 M. (56 173 M.) und Vortrag auf neue Rechnung 283 725 M. (238 130 M.) — Der Rechnungsabluß der Rheinischen Stahlwerke in Bochum ergab einen Betriebsergebnis von 1 948 196 M. (i. V. 1 426 752 M.) Die allgemeinen Unkosten und Zinsen erforderten 921 538 M. (901 268 M.) und die Abschreibungen 1 019 793 M. (986 561 M.), so daß sich einschließlich 88 922 M. Vortrag ein Reingewinn von 95 787 M. ergibt, der vorgetragen wird. Das Vorjahr hatte mit 461 076 M. Verlust abgeschrieben.

Das Danabrücker Kupfer-Drachtwerk erzielte nach Abschreibungen von 57 675 M. (i. V. 57 634 M.) einen Reingewinn von 119 560 M. (117 917 M.) zu folgender Verwendung: 6 Proz. Dividende, 15 806 M. (9475 M.) Vortrag, 9000 M. (14 000 M.) Sonderrücklage und 12 554 M. (12 441 M.) Gewinnanteile. — Die Berliner Gussstahlfabrik und Eisengiessere Hugo Dauting schließt das Geschäftsjahr nach Abschreibungen von 67 012 M. (i. V. 12 947 M.) und nach Abbuchung der gesellenden Rücklage von 32 796 M. mit einem Verlust von 137 792 M. — Der Abschluß der Peipers u. Co., A.-G. nach Abzug des in Siegen erzielt nach Abzug der Geschäftsunkosten einschließlich 21 845 M. (i. V. 17 026 M.) Vortrag einen Rohüberschuß von 270 495 M. (179 786 M.) Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 10 Prozent (7 Prozent) vor bei erhöhten Abschreibungen. — Bei der Zittauer Maschinenfabrik stieg der Rohüberschuß von 189 459 M. auf 288 784 M. und der Reingewinn von 116 918 M. auf 170 929 M. Die Dividende von 9 auf 10 Prozent. — Beim Regardortwerk von der Raffinerie A.-G. in Remscheid beträgt der Rohüberschuß 763 905 M. (i. V. 636 073 M.); davon gehen ab die ordentlichen Abschreibungen mit 295 258 M. (277 229 M.) Auch soll daraus der vorjährige Fehlbetrag von 284 286 M. gedeckt werden, so daß noch 184 359 M. Reingewinn verbleiben. Es wird vorgeschlagen, 75 000 M. der Rücklage und weitere 75 000 M. dem Sicherheitsbestand zu überweisen und den Rest von 31 359 M. vorzutragen. Der bei der Liquidation der Deutschen Badewerke-Gesellschaft erlittene Verlust von 45 238 M. ist ebenso wie die noch mit 50 000 M. zu Buch stehenden Patente der Gesellschaft vollständig abgeschrieben worden. — Das Nummelter Emaillewerk erzielte einschließlich 60 862 M. (49 851 M.) Vortrag nach 161 150 M. (126 585 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 265 347 M. (262 468 M.) zur folgenden Verwendung: Rücklage 10 224 M. (10 631 M.), Sonderrücklage 20 000 M. (wie i. V.), Unterstützungsbestand 10 000 M. (wie i. V.), Gewinnanteile 31 510 M. (32 978 M.), 8 Proz. Dividende 128 000 M. (wie i. V.) und Vortrag 65 613 M. — Das Deutsche Elektrizitätswerk in Aachen erzielte einen Reingewinn von 779 279 M. (582 825 M.), für den die Verwaltung folgende Verwendung vorgeschlägt: 5 Proz. Dividende 150 000 M. (wie i. V.), Dividenden-Ergänzungsbetrag 300 000 M. (150 000 M.), Gewinnanteile 32 802 M. (20 259 M.) und Vortrag 297 476 M. (212 566 M.)

Theorie und Praxis waren bei den Sozialdemokraten immer zwei verschiedene Dinge. Während man gegen Mißstände in bürgerlichen Betrieben in schärfster Weise vom Leder zog, wurden die mitunter hahnebüchenen Zustände in sozialdemokratischen Betrieben im Parteiinteresse mit dem Mantel der Liebe bedeckt. Einen erneuten Beleg hierfür erbringt die Durchführung des Vorkrits der Plangewerke in Düsseldorf. Der Düsseldorf Generalanzeiger vom 30. Aug. veröffentlicht folgendes Inzerat:

„Vorkrit Plange! Das (soziald. Arb.) Gewerkschaftskartell fordert die Arbeiter, Bäcker und Hausfrauen auf, Brot aus den unterzeichneten Fabriken zu meiden, weil bei uns angeblich Mehl aus der borkottierten Mühle von G. Plange verbacken wird. Hierzu sei erklärt: Gleich uns verbacken fast alle größeren Betriebe dasselbe Mehl, aber auch die Bäckerei des Allgemeinen Konsumvereins für Düsseldorf und Umgebung ist ein Großverbraucher des Mehles von Plange. Koch am 23. August 1911 hat der Konsumverein 550 Sad. Mehl von Plange bezogen, einige Tage früher bereits 300 Sad. Warum verweigert das Gewerkschaftskartell diese Tatsache, aus der bei Anwendung gleicher Grundsätze ein Vorkrit des Konsumvereins hätte erfolgen müssen. Niemanden zum Wohl, niemanden zum Leid verbacken wir Planges Mehl, sondern weil wir auf Grund alter Abmachungen zur Abnahme verpflichtet sind, genau wie der Konsumverein. Das Vorgehen des Gewerkschaftskartells, welches von dieser Tatsache weiß, ist demnach in höchsten Maße illegal und wird als solches von allen Beschäftigten beurteilt. Die Sozialdemokraten: Montsal & Arbeiter, Ernst Schieler, Joseph Gregory Radig.“

Der genannte sozialdemokratische Konsumverein verhält ebenso wie die borkottierten Fabriken Plangesches Mehl. Der Konsumverein ist natürlich nicht borkottiert wie die Knudmachung zeigt. Das ist eben „Konsequenz“ bei den Genossen.

Einen „Maubzug“ unternahmen die Genossen auf die Taschen des Biertrinkenden Volkes in dem heiligen Städtchen Jfenburg. Dort verhandelten die Stadtverordneten am 31. August über die Abschaffung des Oktrois (Gemeindesteuer) auf Bier. Der Stadtrat wäre hierdurch ein Schaden von 9000 Mark entstanden, und deshalb wurde der „Rädische Bierzoll“ einstimmig beibehalten, obwohl die Sozialdemokratie im Jfenburger Stadtparlament die Freiheit hat! Dieser „Maubzug der roten Mehrheit auf die Taschen des biertrinkenden arbeitenden Volkes“ ist bis jetzt von der sozialdemokratischen Presse einfach unterschlagen worden.

Geld riecht nicht. Vor einiger Zeit selerte der Vöden-scheider Bürgerchätzerverein sein Jahresfest. Die in den bürgerlichen Blättern erscheinende Anzeige, so lesen wir in der Köln. Ztg. Nr. 975 vom 5. September, war auch der sozialdemokratischen Volksstimme zur Veröffentlichung übergeben worden. Sie erschien auch, aber zum Erstaunen des Vorstandes abgeändert. Ein Satz aus dem Programm war von der in Vöden-scheider gerateten Geschäftsleitung oder der Redaktion gestrichen worden, nämlich der Satz: „Toast auf Se. Majestät den Kaiser und König Wilhelm II.“ Darauf ließ der Vorstand des Bürgerchätzervereins der Volksstimme eröffnen, daß sie auf Veranlassung nicht zu rechnen habe, wenn sie nicht den eigenmächtig gestrichenen Satz in der nächsten Nummer einfügte. Die nächste Nummer erschien und — enthielt den Satz. Es handelte sich um eine Anzeigebühr von gegen 100 Mark und die konnte auch wohl das sozialdemokratische Blatt recht gut gebrauchen. Bis jetzt haben wir die Antwort auf diese gravierenden Feststellungen in der Köln. Ztg. nicht gefunden. Geld riecht eben nicht und darum pfeift die rote Presse auf jede Konsequenz, weil die Konsequenz für sie eintäglicher ist.

Ein niederträchtiges sozialdemokratisches Doppelspiel rückt die „Vorbedeutliche Allgemeine Zeitung“ ins rechte Licht. Sie schreibt:

„Dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena hat ein Herr Quetch (London), Vorstandsmittglied der englischen sozialdemokratischen Partei, deren Gräße überbracht und hat dabei erklärt: „Die englischen Arbeiter sind ebenfalls Feinde von jedem Imperialismus und Chauvinismus. Sie sind für die Abschaffung“ Tadel verschwiegen Hr. Quetch, daß sich seine englische Partei auf ihrer letzten Jahreskonferenz „für die Floktenpolitik der herrschenden Klassen ausgesprochen hat, und daß ihre Mitglieder, falls man sie ins Parlament wählte, für das Floktenbudget stimmen würde.“ Die Feststellungen dafür entnehmen wir wörtlich aus dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom 22. April 1911. Wie der „Vorwärts“ damals ferner berichtete, stellte der Parteivorstand der englischen Sozialdemokratie als direkte Forderung auf: „Die Aufrechterhaltung einer genügend starken Flotte zur Landesverteidigung.“ Dieser Antrag wurde damals vom demselben Hr. Quetch begründet. (Zu seinem Bericht vom 22. April unterließ es der erwähnte „Vorwärts“ daher, Hr. Quetch den Kosenamen „Genosse“ zu verleihen.) Wie der „Vorwärts“ damals berichtete, sagte Quetch ausdrücklich: „Die Verteidigungsmittel eines Landes müssen aber genügend stark sein, sonst seien sie wertlos.“ Es scheint aber, als ob sich kein einziger Leser des „Vorwärts“ an jene Rüstungsforderungen des Hr. Quetch erinnerte, als nunmehr „Genosse“ Quetch auf dem Jenaer Parteitage den gläubigen deutschen Sozialdemokraten den Abrihtungsgebanen predigte. Sonst hätten die Genasführten wohl dieses niederträchtige Doppelspiel nicht noch mit Beifall begleitet.“

Der auch hoch, denn unsere deutschen Genossenmichels spielen ja seit jeher den Hanswurst in der „Internationale“.

Streits und Lohnbewegungen.

Der Kampf bei der Firma Scheidt & Bachmann in M. Gladbach und seine Begleitererscheinungen.

Mit dieser Tagesordnung befaßte sich eine seitens der hier im Kampfe stehenden Organisationen einberufene Protestversammlung, welche am Sonntag, den 10. August, in der hiesigen Zentralthalle stattfand. Einleitend wies Kollege Aech darauf hin, daß wir uns zum dritten Male veranlaßt sehen, an die Öffentlichkeit zu treten, um für die hier beschäftigten Metallarbeiter das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu verteidigen, um zu protestieren gegen die Verweigerung der Arbeiterrechte. Zweimal mußten wir den Kampf führen mit der Firma M. Monforts, die ihren Arbeitern nicht das Recht zugesteh, sich zu organisieren. Die Firma Scheidt & Bachmann hat ihre Arbeiter auf die Strafe geworfen, weil sie von ihren geschlichen Rechten Gebrauch machten. Sie will nur solche Arbeiter einstellen, die schriftlich erklären, daß sie keiner Organisation angehören, beziehungsweise aus der Organisation ausgetreten sind und so lange ihr nicht mehr sich anschließen, als sie bei ihr beschäftigt sind. Das erlaubt sich eine Firma, die hauptsächlich von Staatsaufträgen ernährt, während der Staat selbst seinen Beamten und Arbeitern das gesetzliche Koalitionsrecht gewährt. Gegen diese Maßregel protestieren wir, und wir werden es in Protest bis an die höchste Stelle bringen. (Lebhafte Beifall.)

Sodann ergriff unser Bezirksleiter Kollege Schütz-Köln das Wort. Einleitend freifte er die Streits und Ausprägungen in der gesamten deutschen Metallindustrie. Die Köln. Zeitung habe geschrieben: „Die Metallarbeiterorganisationen inszenierten die Kämpfe mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen.“ Gegen eine derartige Auffassung müsse entschieden Protest eingelegt werden.“ Die Arbeiter müßten nur die günstige Konjunktur aus, wie die Unternehmer das auch zu tun pflegten. Die ganze Entwicklung dränge darauf hin, den korporativen Arbeitsvertrag zur Geltung zu bringen, während viele Unternehmer den Herrn im Ganse Standpunkt vertreten wollen. Was nun die Firma Scheidt & Bachmann betrifft, so haben die Arbeiter Anträge gestellt, wegen Verbesserung des Tages, Beschaffung geeigneter Trinkwassers, jerner wegen besserer Vergütung der Überstunden, Erhöhung der Akkordsätze und der Hilfsarbeiterlöhne, endlich wegen der Fehlarbeit. Die Forderungen seien nicht übertrieben, weil bei der tropischen Hitze dieses Sommers die mangelhaften Zustände in der Fabrik besonders fühlbar geworden seien, die Überstunden seitens der Arbeiter möglichst vermieden eventuell aber besser bezahlt gewünscht wurden und die Feuerungsver-

Schlüsse schließlich eine Prüfung der Lohnfrage überhaupt nahelegten

Als der Arbeiterausschuß die Anträge am 18. Juli überreichte, erklärte Herr Krafft, der Vertreter der Firma, daß sich darüber reden lasse und daß er glaube, die Anträge in kurzer Zeit in zukünftigen Sinne erledigen zu können. Der selbe Herr erklärte nach einigen Tagen den Arbeitern, daß die ersten Punkte bewilligt würden, dagegen von den Lohnanträgen nichts. Daraufhin traten die Arbeiter am 28. Juli nach Schluß der regulären Arbeitszeit zu einer Besprechung über die Lage zusammen; Heberarbeit wurde an diesem Tage nicht geleistet, wie sie auch einige Tage vorher von Herrn Krafft ausgeübt worden war. Das Vorgehen der Arbeiter am 28. Juli wird nun seitens der Firma als Kontraktbruch bezeichnet, wogegen wir protestieren. Darauf ist dann gleich die Absperrung der Arbeiter gekommen. Nicht lange nachher, am 7. August, trafen die von einem Agenten angeworbenen nicht organisierten Gesagarbeiter aus Hamburg ein, wodurch an zwei Abenden Versammlungen von Hunderterten an der Fabrik stattfanden. Bei dieser Gelegenheit sind einige Steinwürfe vorgekommen. Dies verurteilen wir entschieden und wir fordern alle zur Ruhe und Besonnenheit auf. Die Schatzkammerpresse bauschte die Vorurteile auf. Sie berichtete von Unfug, Unbotmäßigkeit, Kravall, und die Rheinl.-Westf. Ztg. sogar von „Mord in M.-Glabbach“ (Große Heiterkeit und Prüfungen.) Die Polizei entfaltete eine rege Tätigkeit, und vor einigen Tagen hat Kollege Krey sogar vom Untersuchungsrichter die Mitteilung erhalten, daß gegen ihn und Gerossen die Anklage wegen Landfriedensbruch eingeleitet worden sei. Diese Untersuchung läßt uns nun, namentlich in bezug auf den Kollegen Krey, vollständig kalt; denn wenn das hier Vorgekommene schon Landfriedensbruch wäre, dann hätten wir in Deutschland den Landfriedensbruch in Permanenz.

Herr Bachmann ist auch Stadtvorbinder, in welcher Eigenschaft er für das Wohl der Stadt und der Bürgerschaft eintreten muß. Bei einigem guten Willen hätte er den Weg zum Frieden finden können; statt dessen beschwört er solche Situationen herauf. Am 17. August fand wieder eine Aussprache mit Herrn Bachmann statt. Er erklärte, Gegenwortschläge auszuarbeiten zu wollen. Es geschah aber nichts. Einige Herren haben sich dann in dankenswerter Weise bemüht, eine Einigung mit der Firma herbeizuführen, so Herr Dr. Friedberg, der Vorsitzende des Regl. Gewerbegerichts, zunächst in nicht offizieller Form. Auch er hoffte, die Angelegenheit auf lokale Weise aus der Welt schaffen zu können; aber das Resultat war, daß die Firma es ablehnte, die materiellen Zugeständnisse schriftlich zu fixieren, dagegen forderte, daß die Arbeiter aus der Organisation ausreten müßten. Am 7. ds. Mts. erklärten die versammelten Arbeiter, daß sie das Ansuchen, aus der Organisation auszutreten, mit Entschiedenheit zurückweisen, und den Kampf mit allen erlaubten Mitteln weiter führen wollen. Niemand würde sie zwingen auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht.

Die Firma hat die Arbeiter auf die Straße gesetzt, der Verband unterstügt seit 5 Wochen die Arbeiter nebst ihren Familien, und nun sollen die Leute den Verbänden, auf deren finanzielle Unterstützung sie angewiesen sind, den Rücken kehren. Welch ein Verlangen! Der Arbeiter hat auch eine Forderung, die er nicht preisgibt. In M.-Glabbach scheint System abzuwachen bei den Metallindustriellen. Wir werden danach unsere Taktik einrichten und wir lehnen die Verantwortung ab für die Schädigungen der heimischen Industrie, die aus dem Verhalten der Unternehmer entstehen. Alle Arbeiter und Bürger rufen wir auf, uns zu unterstützen in dem Kampfe für ein Recht, das im allgemeinen der deutschen Arbeiterschaft nicht mehr vorenthalten wird. Den Erfolg zehnjähriger Gewerkschaftsarbeit lassen wir uns nicht zertrümmern durch einen einzelnen. Wir halten fest an der Organisation, mag auch der Kampf noch so schwer werden.

Stilmischer Welsch folgte diesen Ausführungen, ein Beweis, daß die Versammelten fest entschlossen sind, ihr Koalitionsrecht bis zum Äußersten zu verteidigen. Nachdem dann auch noch die Vertreter der übrigen beteiligten Organisationen in scharfer Weise gegen den Gewaltakt der Firma protestiert, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die am 10. September 1911 in M.-Glabbach im Lokale „Zentralhalle“ tagende, von über 1500 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung erhebt den entschiedensten Protest gegen die von einzelnen Unternehmern der Metallindustrie M.-Glabbachs unternommenen Maßnahmen, den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht zu nehmen.“

In dem Verlangen der Firma Scheidt & Bachmann, Eisenbahnsignal-Bauanstalt und Eisengießerei hier selbst, wonach die Arbeiter zur Aufhebung der von der Firma vorgenommenen Absperrung erklären sollen, aus der Organisation auszutreten und derselben nicht mehr beizutreten, solange sie im Betriebe arbeiten, erblickt die Versammlung eine brutale Unterdrückung der Arbeiterrechte und einen Verstoß gegen die guten Sitten.

Die Versammlung betont, daß die Firma Scheidt & Bachmann den Anspruch und das Recht vertritt, weiter für den Staat zu produzieren, wenn dieselbe nicht die staatsbürgerlich gewährleisteten Arbeiterrechte respektiert.

Die Versammlung erklärt, die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter mit allem Nachdruck und mit allen erlaubten Mitteln unterstützen zu wollen und, wenn notwendig, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Anerkennung der Arbeiterrechte zu erkämpfen.

Um zu den kommenden Kämpfen gewappnet zu sein, geloben die Versammelten, mit aller Tatkraft und Energie für die Stärkung der Organisationen eintreten zu wollen.“

Der Vorsitzende Kollege Krey bemerkte zum Schluß, die „Hamburger“ erhielten schönen Lohn und Kost und Logis dazu. Warum verzweigte nun die Firma die Erhöhung des Stundenlohnes für Hilfsarbeiter, der nur 32 Pfg. betrug? Beweis, die Firma hat Arbeiter, die einen anständigen Lohn erhalten, aber auch solche, die eine Lohnerhöhung gut gebrauchen könnten. Redner mahnte die Arbeiter zu ruhiger, besonnener Haltung in den Tagen des Kampfes und schloß mit einem Hoch auf die Einigkeit der Arbeiterschaft M.-Glabbachs die Versammlung.

Kollegen, bei diesem Kampfe gilt es die Rechte und Ehre unseres Standes zu wahren und darum treu und standhaft auszuhalten. Jeder ehrliche Arbeiter wird in diesem Kampfe auf unserer Seite stehen und nach Kräften auch zu seinem Teile dazu beitragen, den traffen Herrschaftspunkt dieser Firma zu brechen. Deshalb, Stärkung unserer Organisation mit allen erlaubten Mitteln.

Hamm i. W. Bei der Firma Welff, Herb, und Ofenfabrik vorm. C. W. Wilms, hatten die Schleifer durch Einführung einer anderen Sorte Schmirgel ziemlich Einbuße an ihrem Lohn. Da die Firma nur unbedeutende Zugeständnisse machte, reichten sämtliche Schleifer die Kündigung ein. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit der Kommission kam eine Einigung zustande. Den Schleifern wurden wesentliche Lohnaufbesserungen gemacht. Ferner soll ein Anwartsrecht in der Werkstatt aufgehängt werden. Die Kündigung wurde hierauf zurückgezogen. Die Kollegen können mit ihrem ersten Erfolg zufrieden sein; sie haben gesehen, was eine zielbewusste und energische Gewerkschaftsarbeit vermag.

Auch die übrigen Kollegen bei der Firma Wilms sehen hier wieder den Wert der Organisation. Gäßen sie damals vor 6 oder 7 Jahren nicht dem Verbanne den Rücken gekehrt, dann hätten sie im Laufe der Jahre mindestens manchen Mißstand verhindern können. Hoffentlich haben sie jetzt den Gewerkschaftsgedanken richtig erfasst und sehen ein, daß Mißstände, die sich in Jahrzehnten angesammelt haben, nicht im Handumdrehen wieder beseitigt werden können. Scheltweise muß ich mir die Arbeiterbewegung das Terrain zurückerkämpfen werden und dazu gehören harte Ausdauer, Entschlossenheit und Opfermut. Mögen die Kollegen daher in der nunmehr begonnenen Gewerkschaftsarbeit nicht erlahmen, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Krefeld. Der rechte Sommer wurde an dieser Stelle über die erfolgreiche Tarifbewegung der hiesigen Elektromonteur berichtet. Da sich nun in die inhaltliche Wiedergabe des mit der Vereinnahmung elektrotechnischer Firmen Krefelds abgeschlossenen Tarifs einige Fehler eingeschlichen haben, sei sie nachstehend berichtigt und wiederholt:

1. 9 1/2 stündige Arbeitszeit. 2. Für die ersten drei Stunden nach Feierabend einen Zuschlag von 30 und für Nacht- und Sonntagsarbeit einen solchen von 50 Prozent. 3. Der Lohn für Monteur darf nicht unter 45 Pfg. pro Stunde betragen. Selbständige Monteur erhalten einen Mindestlohn von 55 Pfg., Hilfsmonteur 40 Pfg. Mindestlohn pro Stunde. Der Mindestlohn für Hilfsarbeiter beträgt im Alter bis zu 21 Jahren 35 Pfg. und im Alter von über 21 Jahren 40 Pfg. pro Stunde. Elektromonteur, welche eine dreijährige Lehrzeit in einem elektrischen Installationsgeschäft nachweisen können, erhalten in den ersten zwei Jahren nach beendeter Lehrzeit 38 Pfg., im 3. Jahre 42 Pfg. und im 4. Jahre 45 Pfg. Mindestlohn pro Stunde. Nach Ablauf des vierten Jahres nach beendeter Lehrzeit beträgt der Mindestlohn bei anerkannter Selbstständigkeit nicht unter 55 Pfg. pro Stunde. Für Monteur, welche bereits einen Stundenlohn von 55 Pfg. und darüber haben, tritt am 1. September 1911 eine Erhöhung von 4 Pfg. und am 1. Septbr. 1912 eine weitere Erhöhung um 3 Pfg. pro Stunde in Kraft. Der Lohn der nichtselbständigen Monteur soll durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine Schmälerung nicht erfahren, außerdem frigt für diese im zweiten Jahre der Vertragsdauer der Mindestlohn auf 47 Pfg. pro Stunde.
4. An Zulage bei Arbeiten außerhalb Krefelds, wo die Rückkehr abends nicht erfolgt, wird für selbständige Monteur 2,50 Mark, für Hilfsmonteur und Lehrlinge 1,60 bis 2,— Mark als Mindestsatz bezahlt. Bei Arbeiten, bei denen die Rückkehr abends erfolgt, wird nebst freier Hin- und Rückfahrt dritter Klasse 1,30 M. für Speisen gewährt. Bei Entfernungen von über 1 Kilometer vom Geschäft wird die Straßenbahnfahrt vergütet.

Düsseldorf. Die hiesige Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit zeigt einige Veränderungen. Die Radiatorenformier der Firma De Fries haben geschlossen die Arbeit niedergelegt. Hierdurch wurde die Zahl der streikenden Arbeiter um 43 Mann vermehrt. Diese Maßnahme wurde notwendig, als man den Versuch unternahm, die hergestellte Arbeit der Streikbrecher mit fertig zu gießen. Da die Herstellung von Streikbrech auch in der großen Montage gefördert wurde, legten die Monteur sämtlich die Arbeit nieder.

Wie die angeworbenen Streikbrecher hier haufen, und die Streikenden provozieren wollen, ist aus folgendem Vorgehen zu ersehen. Am 8. September gegen 10 Uhr abends hatten die Streikbrecher der Firma De Fries in der Rantine des Werks Streit unter sich. Der hierbei verübte Lärm lockte eine Anzahl Gäste der gegenüber liegenden Wirtschaft Willeke nach dem Werke. Sofort kamen 50—60 Streikbrecher aus dem Dore, um mit den Kommandos „Sich! Waffen fertig!“ „Zum Schussparade!“ sich auf die mehrlosen Gäste zu stürzen. Wenn diese nicht schleunigst in die Wirtschaft geschlüpft und die Türe hinter sich veranmelt hätten, würde es ihnen schlecht ergangen sein; denn die Angreifer waren durchweg mit Revolver, Dolchen, Gummiknüppeln u. bewaffnet. „Wenn auch eure Frauen und Kinder lieb sind, so kommt nicht heraus, sonst schießen wir euch nieder“, so wurde den Gästen zugerufen. Darauf wurden von den Streikbrechern die Fenster der Rantine des Werks und der Loggia eingeworfen und eingeschlagen. Hierdurch ist dem Wirt ein Sachschaden von etwa 150 Mark entstanden, trotzdem den ganzen Tag ein Doppelpolizist vor dem Werke steht, ohne den geringsten Grund zum Einschreiten zu haben, erschien erst nach diesen Heldentat ein Polizeikommissar mit 12 Polizisten. Die Polizei soll drei Mann verhaftet, sowie etwa 30 Revolver und ähnliche Streikbrech waffenzeuge beschlagnahmt haben. Die Streikbrecher haben sich auch nach guter Trinkseligkeit umgesehen. Am Sonntag brach ein Teil dieser „ehrbaren“ Leute bei einem im Werke wohnenden Fabrikbeamten in den Keller ein und raubt ihm seinen ganzen Weinvorrat. Die Firma Rosenhausen hat ihren Betrieb recht schnell wieder geführt von diesen Elementen und die Firma Schies will keine Streikbrecher haben. Doch sind 150 Schlosser usw. entlassen. Weitere Kündigungen stehen bevor.

Tauf der Mut noch ungebrochen ist, bewies eine von allen streikenden Arbeitern abgehaltene Streikerversammlung. In derselben wurden die Schwierigkeiten besprochen und besonders erwähnt, wie unlogisch die Stellung der Arbeitgeber sei. Ein Teil der im Arbeitgeberverband organisierten Arbeitgeber haben bewilligt, der andere Teil darf nicht bewilligen, hat daher einen großen Schaden, trotzdem es sich um dieselben Forderungen handelt. Nun sind bei der Firma Schies 150 Mann wegen Arbeitsmangel entlassen, die sämtlich auf der schwarzen Liste stehen, mithin auf anderen Werken keine Arbeit erhalten. Ein solches Gebahren verstößt ohne Zweifel gegen die guten Sitten und zeigt einmal wieder, welche Rechte man sich gegen den Arbeiter heraus nimmt. Nun wird auch jeder denkende Arbeiter den Anschlag der Firma Schies recht verstehen, in dem sie schreibt, daß die gefährlichsten Arbeiter der Firma ein gutes Andenken bewahren mögen. Folgende Resolution wurde mit akkordierter Begeisterung einstimmig angenommen:

„Die am 11. September tagende Versammlung sämtlicher streikenden Arbeiter der Firmen De Fries und Cie., C. Schies, Düsseldorf, Maschinenbau-A.G., Braun und Bloem, Schenk, Hebe-Horfort, Habersang und Jansen und Perowert nimmt Stellung zum jetzigen Stande des Streiks. Die Unzufriedenheit, daß die rein wirtschaftlichen, sich im bescheiden Rahmen bewegenden Forderungen der Arbeiter, welche von 40 Vertretern mit über 4300 Arbeitern bewilligt worden sind, von den Arbeitgeberorganisationen ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden sind. Die Arbeitgebervereinnahmung betrachtet die Differenzpunkte nicht vom sachlichen Standpunkte, sondern als eine Machfrage. Die streikenden Arbeiter sind nach wie vor überzeugt, daß die bestreikten Firmen die Forderungen genau so gut bewilligen können, wie alle übrigen. Die Arbeiter sind deshalb auch nicht gewillt, ihre gerechten Forderungen fallen zu lassen, sondern den aufgedrungenen Kampf durchzuführen, bis die Forderungen bewilligt sind!“

Wiederum ist es gelungen, die Forderungen in zwei der bestreikten Betriebe zur Annahme zu bringen. Die Kollegen der Firma Braun & Bloem erhalten sofort die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, am 1. Januar die 5 1/2 stündige Arbeitszeit, einen Zuschlag von 5 Prozent und für sämtliche Heberarbeit 33 1/2 Prozent. Gleitfalls erhalten aber auch die Arbeiterinnen der Blindstitchenabteilung diese verkürzte Arbeitszeit. Die Kollegen der Firma Habersang & Jansen haben gleichfalls die Arbeit aufgenommen, nachdem die 5 Prozent Lohnausgleich und die geworderten Zuschläge für Heberarbeit bewilligt wurden. Somit ist die Bewegung in 42 Betrieben mit über 4300 Arbeitern erledigt.

Zur Nachricht. Bei allen Lohnbewerben ist jede Woche vor Verhandlungsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Schloß-Halle. Auf der „Holler Elfenhütte“ (Fab. Dr. H. Tenn) stehen die Arbeiter im Streik. Ruhe von Beschlägen, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Menden-Börsperre. Die Drahtzieher, Drahtzieher, (Groß- und Feinbau) und die Metallbrüder der Firma „Neumalzer“ stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Stegen. Ueber die Elektrizitätsgesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbau ist die Sperre verhängt.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Puddel- und Malzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugang von Puddlern und Malzwerkern ist fernzuhalten.

Rheydt. Ueber die Firma May Schorch ist die Sperre verhängt.

Dortmund-Nunnen. Ueber die Blecherei der Firma Krupp in Nunnen wurde wegen rüchroser Behandlung der Former und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

Köln. Die Elektromonteur stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Barmer-Elsfeld. In der Metallindustrie hier selbst und bei der Umarmung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Schwelm. Bei der Firma Schubeis stehen sämtliche Arbeiter zwecks Abklärung von Mißständen und Abschluß eines Tarifs im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Saarn. Die Klempner- und Installationsgehilfen stehen in einer Tarifbewegung.

Frankfurt a. M. Die hiesigen Spengler und Installateure stehen im Streik.

Düsseldorf. In den Maschinenfabriken und Eisenblechereien bestehen Differenzen; teilweise stehen die Kollegen in Kündigung oder im Streik. Ehe Zurückende hier selbst Arbeit annehmen, haben sie sich auf dem Büro der Ortsverwaltung zu melden.

M.-Glabbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnmaterial-Bauanstalt und Eisengießerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft wegen vorliegender Differenzen ausgetrennt. Zugang von Arbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Wippen. Die Wepener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Schwab. Gmünd. Ueber die Eisenblecherei und Maschinenfabrik Rib und Schweizer ist die Sperre verhängt. Die Arbeiter stehen in Kündigung. Zugang ist streng fernzuhalten.

Trier. Die Klempner und Installateure stehen zwecks Einführung eines Tarifvertrages im Streik. Zugang von Klempnern, Installateuren und Schlossern ist fernzuhalten.

Wittlich. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Wiesbaden. Die Differenzen bei der Firma Piebbouer sind beigelegt.

Hamm i. W. Auf der Maschinenfabrik Panning stehen die Kollegen der Dreherei in Kündigung. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zutlügen. Bei der Firma A. Schweißhardt stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Zugung ist fernzuhalten.

Wachen. Die Differenzen bei der Firma Piebbouer sind beigelegt.

Weltautmachung.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß auf der Reise oder Wanderschaft beauftragte Kollegen von den Ortskassierern Streit, Maßregelungs- oder Arbeitslosenunterstützung verlangen und in manchen Fällen auch erhalten haben. Dieses ist nach dem Statut unzulässig; auf der

Reise befindlichen Kollegen darf nur Wanderunterstützung ausbezahlt werden. Wir ersuchen die Ortskassierer dieses in Zukunft strengstens beachten zu wollen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 24. Septbr. 1911 der neununddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. September 1911 fällig.

Die Verwaltungsstelle Güttenbach erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrages von 10 Pfg. für männliche und 5 Pfg. für weibliche Mitglieder. Für Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust naturrechtlicher Rechte zur Folge.

Adressen.

Sagen. (Ortsverwaltung.) Unser Büro befindet sich ab 1. Oktober Hofstraße 87 (Ecke Hof- und Goldbergstr.). Für den Verkehr ist das Büro nur morgens von 11-1 Uhr und nachmittags von 5-8 Uhr geöffnet. (Telefon wie bisher: Nr. 1298).

Aus dem Verbandsgebiet.

Havensburg-Weingarten. Seit einigen Jahren hat auch hier in Weingarten unser christlicher Metallarbeiterverband seinen Fuß gefaßt — nicht zum Schaden der hiesigen Metallarbeiterchaft. Gelang es uns doch schon wiederholt, durch flehentliche Verhandlung mit der Leitung der hiesigen Maschinenfabrik Arbeitszeitverkürzungen und Lohnaufbesserungen durchzusetzen. Trotz dieser Erfolge aber stehen auch heute noch viele Arbeiter außerhalb der Organisation. Statt in der Organisation mit den vorwärts strebenden Kollegen Hand in Hand mitzuarbeiten an der Beseitigung von Mißständen und zur Erreichung besserer Verhältnisse, begnügen sie sich mit der Faust in der Tasche oder suchen die Welt durch käuflichen Plutonium Biertrich zu verbessern.

Wir meinen, die letztere Art ist eines Mannes unwürdig und die Verhältnisse werden dadurch auch nicht im geringsten Mäße gebessert. Christlich organisierte Arbeiter haben seit jeher darauf, ihre Wünsche und Beschwerden in anständiger Form zwar, aber doch entschieden und bestimmt an der richtigen Stelle vorzubringen. Berechtigten Anlaß zu Beschwerden gibt uns derzeit wieder das Verhalten einiger Vorgesetzten. Erst vor einigen Wochen mußten wir uns in einer Betriebsversammlung mit einem Fall beschäftigen, wo ein Meister einem jugendlichen Kollegen beratend ins Gesicht geschlagen, daß die Spuren noch nach Tagen zu sehen waren. Der Meister suchte sich damit heraus zu reden, der junge Kollege habe ein Stück Arbeit verpuscht. Unser Vertreter aber stellte durch Zeugen vor dem Direktor fest, daß die Mißhandlung mehr wegen der Zugehörigkeit zur Organisation erfolgte. Darauf sagte der Herr Direktor: „In Zukunft wird nicht mehr geschlagen.“

An diese Botsung des Herrn Direktors scheint sich nun aber der Herr Meister A. nicht halten zu wollen. Erst in den letzten Tagen hat dieser Herr wieder mit einem christlich organisierten Jugendlichen ziemlich derb mit der Hand gesprochen. Diese Behandlung der Jugendlichen können und wollen wir nicht dulden. Sie ist genau so ungehörig, wie es auch ungehörig ist, daß dieser Herr die Jugendlichen während der Arbeitszeit hinter dem Rücken des Betriebsleiters als Postillon d'amour und zu sonstigen Privatbotengängen benutzte. Dieses letztere liegt unserer Ansicht nach so wenig im Interesse des Betriebes wie das sonderbare Verhalten des Meisters, die Jugendlichen sollten sich nicht christlich organisieren.

Gerade in unserer christlichen Organisation werden die Kollegen immer und immer wieder auf die Notwendigkeit einer tüchtigen Berufsbildung hingewiesen. Und unser ganzes Streben ist darauf gerichtet, tüchtige, charakterfeste Männer heranzubilden. Da müssen wir darauf bestehen, daß auch die Meister sich mit ihrem Benehmen und in ihren Tugenden gegenüber den Jugendlichen wenigstens in den Grenzen halten, die unter anständigen Menschen üblich sind. Wir können nicht ruhig zusehen, daß diese Herren, wenn auch ungewollt, durch ihr Verhalten der umhüllendsten Sozialdemokratie in die Hände arbeiten, die ja heute mit allen Mitteln den Jugendfang betreibt. Der junge Herr Meister aber mag sich gesagt sein lassen, daß er die gewerkschaftliche Organisation nicht aufhalten kann; er mag sich nur erst einmal über ihre Ziele und Bestrebungen unterrichten und er wird finden, daß er sich mit ihr abfinden muß und kann.

An die gesamte Arbeiterchaft der Maschinenfabrik Weingarten aber richten wir den Appell, sich noch in weit größerer Zahl wie bisher unserem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen. Je geschlossener wir in der Organisation vereinigt sind, je besser und durchschlagender können wir unsere gemeinsamen Interessen zur Geltung und Anerkennung bringen. Wir dürfen und wollen in Hundst Standeshaltung sein und Opferwilligkeit für unsere Sache nicht länger mehr hinter den Kollegen an anderen Orten zurücklassen. Nicht ein geistlicher Klimbimberein darf für uns das Erste sein, sondern unsere Berufsorganisation, der christliche Metallarbeiterverband. Wenn es in Weingarten noch nicht so ist wie es sein müßte, so tragen daran nicht die organisierten, sondern die der Organisation noch fernstehenden Kollegen die Schuld. Sie sind es, die der vorwärtsstrebenden Arbeiterchaft hemmend im Wege stehen. Das soll und muß nun endlich einmal anders werden. Wohl an Kollegen, nehmen wir nun einmal ernsthaft die Werkarbeit in Angriff; der allem aber vergehen wir unsere Jugend nicht. Beachten wir das Sprichwort: „Die Jugend von heute, die Männer von morgen, das Volk der Zukunft!“

Glogau. Es ist die letzte Zeit hinein, beherrschten hier die roten Gewerkschaften das Feld und waren der Meinung, daß dies immer so bleiben müßte. Wer die Welt ist verändertlich und es kam auch hier anders. Die christlichen Gewerkschaften begannen in Glogau eine erfolgreiche Agitation zu entfalten. Das erregte natürlich den Horn der Gewerkschaften. Man kann auf Mittel, um uns in aller Bräuberlichkeit abzumachen. Zu den Werkstätten wurden unsere Kollegen auf alle erdenkliche Weise verbannt und angepöbelt. In unsere öffentlichen Versammlungen zu kommen, wagten die Freiwildler selbst allerdings nicht; sie begnügen sich mit Fordern an den Sozialisten, wobei das Sprichwort von den den Horden an der Wand tollant in Erfüllung ging. Aber das mußte gerochen werden. Flugs setzte man sich auf die

Hosen und betrieb eine rote öffentliche Versammlung ein mit dem Thema „Die christlichen Gewerkschaften.“

Der Referent, ein Gauleiter des sozialdemokratischen Maurerverbandes, machte zunächst das bemerkenswerte Gehändnis, „aus eigenen Kenntnissen nichts von den christlichen Gewerkschaften zu wissen.“ Dafür verband er sich aber sehr gut damit, aus der Dr. Mannschen Substanz-Prospalte „Die Schwarzarbeiter“ 1 1/2 Stunden lang abzulesen. Die christlichen Gewerkschaftler, die dieses Gebaren geduldsend kennzeichneten, ließ man nicht reden.

Auch unser christlicher Metallarbeiterverband war es gelungen, seinen Fuß in Glogau zu fassen. Ein in der Schiffswerft beschäftigter Kollege, der eifrig für unsere Sache die Werkbetriebe rührte, war den roten Verbändlern besonders ein Dorn im Auge. Da man ihm beruflich keine Schwierigkeiten machen konnte, verfuhr man es auf andere Weise. Am 25. August hing man mit ihm Krökel an und als Kollege Mühlberg diese Gemeinheiten nicht stillschweigend einsteckte, verhaftete ihn der rote Schmied Anders drei kräftige Ohrfeigen. Kollege Mühlberg sagte gegen den gewalttätigen Gewerkschaftler, der dann auch zu 4 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Als die Gewerkschaft hörten, daß M. den Klagenweg beschritten, fiel ihnen das Herz in die Hosen. Sie ließen zum Betriebsleiter und versammelten wehrlos unsern Kollegen. Der Betriebsleiter ätzte darauf Kollegen M. vor sich und verlangte von ihm die Zurücknahme der Klage, widrigenfalls er seine Konsequenzen ziehen werde. Kollege M. zog aber die Klage nicht zurück und mußte den Betrieb verlassen. Die Gewerkschaften scheinen sonderbare Begriffe von Brüderlichkeit und Arbeiterrechte zu haben. Wer nicht mit ihnen am gleichen Strick zieht, wird niedergeschlagen und brotlos gemacht.

Für unsere Kollegenchaft müssen solche Vorkommnisse ein weiterer Ansporn sein. In unsern christlichen Metallarbeiterverband wie auch in die Gewerkschaften zu arbeiten und dadurch der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch in den wägen Hochburgen eine achtmungsgebietende Stellung zu verschaffen. Also frisch an die Arbeit, uns zu Kamp und dem Gegner zum Trotz.

Machen. Die Betriebskrankenkasse des Hüttenwerks Note Erde, zahlt nach Angabe ihrer Angestellten an solche Kranken, welche 26 Wochen und mehr krank feiern, nur für 25% Woche Krankengeld. Anscheinend war diesen Kranken nicht bekannt, daß die Kasse hierzu nicht berechtigt war, denn die Krankentassen sind verpflichtet für volle 26 Wochen Krankengeld zu zahlen. Für die ersten drei Tage welche als Karenzzeit gelten, wird von der Betriebskasse der Hälfte kein Krankengeld gezahlt. Trotzdem hat der Kranke Anspruch auf volle 26 Wochen Krankengeld, wenn die Krankheit länger wie 26 Wochen dauert.

Der Hüttenarbeiter Gr., dem obige Mitteilung durch die Beamten des Hüttenwerks gemacht wurde, beschwerte sich darüber auf unserm hiesigen Verbandsbüro und erhob auf dessen Rat, zunächst Beschwerde beim Vorstand der Krankenkasse. Die Beschwerde wurde ablehnend beschieden. Wie mitgeteilt wurde, hatte eine Vorstandssitzung nicht stattgefunden, also ein selbstherrlicher Bescheid durch die Beamten. (1) Nunmehr erhob Gr. Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde und diese teilte ihm mit, daß die Betriebskrankenkasse berechtigt sei, das Krankengeld für die drei streikigen Tage zu zahlen.

Der Rechtsirkum der Beamten der Betriebskrankenkasse des Hüttenwerks, hat manchen Kranken bis zu 7,50 Mark geschädigt. Soweit keine Rettung vorliegt, mögen alle, welche über 26 Wochen krank waren, die Nachzahlung einfordern. Das Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes, Poststraße 56, ist zur weiteren Aufklärung gern bereit.

Düsseldorf. In der Nr. 37 der „Metallarbeiterzeitung“ wird der auch in der roten Parteipresse zum Abdruck gebrachte, den Sachverhalt entstellende Artikel „Terrorismus im Metallgewerbe“ den Metallgenossen ferkert. Der hiesigen „Wochenzeitung“ sowie allen ihren vom hiesigen Pressbüro gespeisten Nachbarn, haben wir Schand- und Verleumdungsfreiheit eingeräumt, da diese Presse der Wahrheit ja doch die Ehre nicht gibt. Der Metallarbeiterzeitung können wir dies jedoch noch nicht einräumen. Es wurde derselben daher folgende Verächtigung zugeandt:

An dem Artikel „Terrorismus im Metallgewerbe“ der Nr. 37 entspricht es nicht der Wahrheit, wenn geschrieben wird: „Es steht fest, Herr Leupke hatte nicht den Mut, den Beweis für seine Behauptungen anzutreten, weil er sich mittlerweile überzengt hatte, daß sie unwahr sind.“

Wahr dagegen ist, daß von mir der Beamte Jäger des Metallarbeiterverbandes auf die juristische Unmöglichkeit der Klage aufmerksam gemacht wurde mit dem Ersuchen, einer der hiesigen Beamten des Metallarbeiterverbandes müsse die Klage erheben. Auch den drei vorgelegten Formeln wurde von mir, bei der Verhandlung vor dem Spießdrichter, die Unhaltbarkeit ihrer Klage nachgewiesen.

Auch die „angestellten“ Untersuchungen müßten weglassen, da Mittel und Wege gefunden wären, den vorher bes „Sperrebruches bei der Firma Deking“ beizugehen, um den es sich hier handelt, an seiner zweiten Arbeitsstätte zum „Freiwilligen“ Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiterverband zu bewegen.

Hiermit fällt der „Terrorismus im Metallgewerbe“ und das im Artikel behauptete „Reisen des Herrn Leupke“ in sich zusammen. Gleiches kann man doch wohl nicht handeln, als wie den Gegner früh genug auf seine eigenen Tummlichkeiten aufmerksam machen. Die Gewerkschaften werden doch nun wohl merken, daß nicht mit List und Tücke haben konnten, der Wahrheit und Aufklärung aus dem Wege zu gehen, sondern ungekehrt wird ein Schuh daraus. Daher sollte man doch auch in jenem Lager nicht mit absichtlichen Verleumdungen und Verleumdungen arbeiten und den verdienten Reinfall nicht zu beschönigen versuchen, sondern bei der Wahrheit bleiben. Dies ist jedoch keine „journalistische“ Festlegenheit.

Sulzbach-Rosenberg. Die wiederholte Besprechung unserer Verhältnisse, besonders der Lohnverhältnisse und der günstigen Geschäftsergebnisse der Maxhütte im Organ ist nicht ohne Erfolg geblieben. Als nämlich am 8. September in der 7. Sitzung von unserer Seite Einladungszettel zu zwei Betriebsversammlungen (am Werktag) verteilt wurden, folgte am nächsten Tage noch ein Anschlag am Brett, daß der Arbeiterchaft bis zum 31. März (auf 7 Monate) eine Feuerungszulage gewährt werde, und zwar 5 Mark für Verheirathete und 3 Mark für Ledige pro Monat. Der Form nach hat der Arbeiterchaft die Angabe um Feuerungszulage gemacht. Die oben genannten Einladungszettel waren zweifelhaft eine Ankündigung zur Lohnbewegung.

Ein Obergelehrter meinte bei dieser Gelegenheit, „ohne den Verband ist nichts zu erreichen, wenn wir Gelbe und Röhren bekommen wir nur einen rechten Krach.“ Hoffentlich ist auch hier die Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Besserung. Auf einige der vielseitigen Beschwerden der Arbeiterchaft wird an dieser Stelle demnach zurückkommen sein. In den beiden gelbesuchten Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die zahlreich versammelten Arbeiter der Maxhütte sehen in der Gewährung der Feuerungszulage eine vorübergehende Abschlagszahlung auf die Bestrebungen der christlich organisierten Arbeiterchaft, wie diese in deren Verbandszeitung vertreten worden sind. Als eine durchgreifende Verbesserung der Lohnverhältnisse kann die Zulage nicht angesehen werden, solange nicht eine Erhöhung der Löhne und Arbeitslöhne zugestanden wird. Um jedoch eine dauernde allseitige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen, verpflichten sich die Versammelten, nachdrücklich für die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes einzutreten.

Briefkasten.

Bei Meldung von Sterbefällen für die Sterbetafel sind immer deutlich anzugeben: Name, Sterbetag, Alter und Todesursache des Verstorbenen. Inbetracht sind Bezüge von Unternehmlichkeiten.

Sterbetafel.

Bielefeld-Schloß-Holte. Am 12. September starb unser Kollege Johann Eikenbusch im Alter von 26 Jahren infolge eines Unfalls.

Schwelmer. Am 8. September starb unser treues Mitglied Georg Ceemer infolge eines Unfalls auf einer Montage in Nepeburg im Alter von 35 Jahren.

Stettin. Am 12. September starb unser Kollege Sommer im Alter von 50 Jahren infolge eines Unfalls. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung! Samstag, den 23. September: Dortmund. Abends 8 Uhr im großen Saale des Christl. Gewerkschaftshauses, Wekerbleichstraße, Rekrutenabschießplatz. Duisburg-Neudorf. 8.30 Uhr Generalversammlung bei Haverkamp, Ecke Hammer- und Blumenstr. Düsseldorf-Neuf. Abends 8 Uhr bei Jstoh, Niederstr. Eisenach. Abends 8.30 Uhr in der Gemda. Eilen-Alteneisen-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Böhmer, Eilenhorststr. Eilen-Neudorf. Abends 8 Uhr bei Wehloff, Hochstraße. Gevelberg. Abends bei Julius Schäfers, Mittelstraße. Hamm. 8.30 Uhr bei Stemmerberg. Ref.: Kollege Krell-Dortmund. Köln-Stadt. Abends 8 Uhr im Hieserel, Breitestraße. Ref.: Kollege Buchmann. Stuttgart-Industriehaus. Abends 8.30 Uhr bei Weimann.

- Sonntag, den 24. September: Berlin-Ober-Schönweide. Vorm. 11 Uhr bei Ueich. Bielefeld. Nachm. 4 Uhr bei E. Geiler, „In den 8 Haken“, allgem. Christl. Arbeitervereinigung. Dortmund-Hörde. Vorm. 11 Uhr bei Stolze, Chausseestraße. Duisburg. Vorm. 10.30 Uhr im Burgacker. Ref.: Reichstagsabgeordneter Schäfer. Duisburg-Laar. Nachm. 6 Uhr im kath. Berelshaus. Düsseldorf-Cerbiff. Vorm. 11 Uhr bei Hüder-Gönerstr. Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Schulen, Münsterstraße. Eilen. (Eilentrouten). Vorm. 11 Uhr bei Schmitz. Eilen-Formor und Giechlerarbeiter zc. Vorm. 10.30 Uhr bei Wint, Altenborferstraße 299. Eilen-Tarnap. Nachm. 5 Uhr bei Hoppe, Königstraße. Eilen-Neudorf. Vorm. 11 Uhr bei Budmüller. Eilen-Kleinmeyer. Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. Eilen-Mitteneisen. Vorm. 11 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Wainke, Alttentelstraße. Eilen-Segeroth. Abends 7 Uhr bei Langenber, Großstadtstr. Eilen-Tarnap. Nachm. 3 Uhr bei Klanten, früher Dorf. Eilen-Tarnap. Vormittags 11 Uhr bei Nachbarschule. Gladbeck. Nachm. 4 Uhr bei Horvot (Christl. Gewerkschaftshaus). Köln-Indenthal. Morgens 11 Uhr bei Sandefer, Bademerstraße. Ref.: Kollege Buchmann. Köln-Mitte. Morgens 10.30 Uhr große Jugendversammlung im Schützengarten. Köln-Rath-Deumar. Mittags 1 Uhr bei Krein. Neunkirchen. Abends 8 Uhr im Gasthaus zum Stern (Schlepp). Oberhausen-Rhld. Nachmittags 4 Uhr bei Kemmerling. Stettin. Nachm. 4 Uhr bei Schulzowatz. Ref.: Kollege Winter.

- Dienstag, den 26. September: Mülheim-Stadt. Abends 8.30 Uhr bei Nepphof, Regentenstraße. Donnerstag, den 28. September: Dortmund II. Abends 8.30 Uhr bei Bergemann, Delfermärkstraße. Samborn. Nachm. 2.30 Uhr in Marzloh bei Jankuhle am Neumarkt. Samstag, den 30. September: Augsburg. Abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung in der Schützengasse Wintergasse. Bamberg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Talstraße 97. Hannover. Abends 8.30 Uhr in Rinden, Konradstr. Oettingen. Abends 8 Uhr bei Wolmer, Arbeiterversammlung. Seilingenhaus. Abends 8.30 Uhr bei Klippelbösch, Hauptstr. außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Selmer darf fehlen. Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Gerrenstr. 24. Vorher Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung. Abrechnung mit dem Hauptkassierer. Köln-Chrenfeld. Abends 8.30 Uhr bei Kornbörfer, Kappelerstr. Ref.: Kollege Buchmann. Köln-Kall. Abends 8.30 Uhr bei Hüntgesberg, Breuerstraße. München. Abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Gasthof „Leopoldstadt“, Senefelderstraße. Seibel. Abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstr. außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Kein Kollege darf fehlen.

- Sonntag, den 1. Oktober: Herloba. Nachm. 5 Uhr bei Hennebell. Veranstaltung des Kartells. Köln-Sumbold-Kolonie. Morgens 11 Uhr bei Gut Watzstr. Köln-Poll. Morgens 11 Uhr bei Jandender, Hauptstraße 28. Ref.: Kollege Buchmann. Mülheim-Schnellweide. Morgens 11 Uhr bei Groß.

Wir suchen in dauernde Stellung etwige tüchtige Kupfer- und Eisenarbeiter, welche im Apparatebau gute Erfahrung besitzen. Näheres und zuverlässige Leute, welche auf dauernde Stellung rekrutieren, wollen ihre Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen einreichen. W. C. Hermann, G. m. b. H., Ganan a. M. Abteilung Aluminium. Tüchtige, selbständige Eisenrecher und Maschinenbauer werden gesucht. Nähere Auskunft durch unser Sekretariat in München, Fürstenaubergstr. 4 1/2.